

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1,90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72206 - **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 - **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonellzeile 35 Wfg., bei Platzvorkauf 40 Wfg. Stellenangebote 10 gesp. Kolonellzeile 25 Wfg. Familienanzeigen von Verrenteten die 10 gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachlaß, Reklamezeile 2 Wfg. Inzerate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonellzeile 40 Wfg. bei Platzvorkauf, 50 Wfg., Reklamezeile 2,25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Kursänderung in der Reichspolitik?

Wer hat die Führung?

Der neue Reichsinnenminister hat vor einigen Tagen in Berlin vor Vertretern der republikanischen Presse dem Willen Ausdruck gegeben, daß das Kabinett Müller einen recht langen Bestand, möglichst bis zu den nächsten Reichstagswahlen, haben möge. Dieser Wille scheint die Festsetzung der Regierungserklärung in einem so starken Maße beeinflusst zu haben, daß dadurch Anderes und Wichtiges völlig zurückgedrängt worden ist. Daß das Zustandekommen der Regierungserklärung nach den scharfen Gegenätzen, die sich schon bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung ergeben hatten, nicht so einfach sein werde, war vorauszusehen. Aber da immer wieder versichert wurde, daß die Sozialdemokraten in dieser Regierung die Führung hätten, und daß ihre Beteiligung selbstverständlich eine entscheidende Wendung in dem bisherigen politischen Kurs bringen werde, so mußte doch erwartet werden, daß die Regierungserklärung diese entscheidende Kursänderung einleiten werde. Aber selbst das Berliner Tageblatt muß bemerken, daß nicht nur kein radikales sozialdemokratisches Programm entrollt wird, sondern die Diagonale wird gezogen, die sich aus den widerstreitenden Wünschen der in der Regierung vereinigten Parteien ergibt. Diese Linie ist manchmal etwas zu vorsichtig gezogen.

Trotz der breiten Ausführlichkeit der Erklärung, die der Reichskanzler gestern im Auftrag seines Kabinetts verlesen mußte, enthält sie nichts, was dieser Erwartung gerecht wird. Was da über die Außenpolitik gesagt wird, das stand mit den gleichen Worten schon in früheren Regierungserklärungen, ohne daß sozialdemokratische Minister dem Kabinett angehört haben. So oft schon die Versicherung gegeben wurde, daß die deutsche Außenpolitik ihre Ziele verfolgt in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche, so hat doch die außenpolitische Betätigung der deutschen Bourgeoisie fortgesetzt den Beweis erbracht, daß sie sie ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Erweiterung und Befestigung ihrer ökonomischen und politischen Macht vornimmt. Wenn ihr dabei der Weg der „friedlichen Verständigung“ jezt der gegebene erscheint, so denkt sie deswegen doch nicht daran, immer und unter allen Umständen nur diesen Weg zu begehen. Die außenpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre sind meistens von der Frage entscheidend beeinflusst worden, ob Deutschland durch sie wieder zu starker Weltgeltung kommen kann und im Falle eines Krieges genügend gerüstet und von starken Bundesgenossen umgeben dasteht.

Sozialdemokratische Führung dürfte sich nicht einfach der Außenpolitik früherer Regierungen unterordnen, und sie dürfte nicht die Behauptung hinausgehen lassen, daß die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Ende durchgeführt sei. Es sind doch in den letzten Jahren in Deutschland zahlreiche Landesverratsprozesse geführt worden, in denen als Landesverräter diejenigen verurteilt wurden, die Mitteilungen verbreitet hatten, daß in Deutschland noch immer in ernstem Umfange illegal aufgerüstet wird. Die sozialdemokratische Presse hat diese berüchtigte Landesverratsjustiz scharf angegriffen. Wenn jezt ein sozialdemokratischer Reichskanzler sagt, daß die Entwaffnung bis zum letzten Ende durchgeführt sei, so klingt das fast wie eine nachträgliche Rechtfertigung dieser Justiz.

Der außenpolitische Teil enthält außer allgemeinen Wendungen sonst nichts. Der innenpolitische Teil beginnt mit den wirtschaftlichen Fragen, ohne auch hier Positives zu sagen. Von Maßnahmen gegen die Preisdiffatur der Kartelle, Trusts und Monopole wird nichts Bestimmtes gesagt. Daß nichts Besonderes dagegen unternommen werden wird, kommt jedoch deutlich darin zum Ausdruck, daß die Erklärung die Anwendung gesetzlicher Maßnahmen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung auf das unbedingt erforderliche Maß dadurch zu beschränken können glaubt, daß die Leitung eines Staatswesens nur „den unbedingt nötigen Ueberblick und Einblick in diese Organismen“ erhält. In der Verkehrspolitik, dem Mittelstand und der notleidenden Landwirtschaft gegenüber wird der bisherige Kurs beibehalten werden. Nach dem Teil, der der Landwirtschaft gewidmet ist, zu schließen, muß es auch nach der Auffassung dieses Kabinetts den Agrariern viel, viel schlechter gehen als den Millionen der Arbeiterschaft. Was über die Sozialpolitik gesagt wird, ist außerordentlich mager. Abgesehen von der Absicht der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bringt auch dieser Abschnitt nur allgemeine Sätze. Kein Wort enthält er über die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, die mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens noch keineswegs gesichert ist. Nichts steht in ihm über die Aenderung der Schlichtungspraxis, nichts über die Verbesserung der Arbeitslosen- und Krankenfürsorge und nichts über die Erhöhung der Sozialrenten. Selbst die kleine Erleichterung, die durch eine Herabsetzung des steuerfreien Einkommens teils schon angefündigt

wurde, kann jezt nicht durchgeführt werden. Die Widerstände der Deutschen Volkspartei waren stark genug, daß die sozialdemokratische Führung nachgab und auch diesen bescheidenen Vorstoß bis in den Herbst hinein vertagte. Aber auch dann wird wahrscheinlich kaum mit einer Regierungsvorlage gerechnet werden können, vielmehr soll durch den Antrag einer Fraktion die Entscheidung darüber herbeigeführt werden. Dieser Weg würde es den Regierungsparteien ermöglichen, diese sozialdemokratische Forderung niederzustimmen, ohne daß dadurch die Koalitionsgemeinschaft beeinträchtigt würde. Daß dieser Einfluß der Volkspartei sehr stark ist, geht auch aus den Sätzen hervor, die der Reichskanzler über die Finanzpolitik und zur Anleihefrage sagen mußte. In ihnen lehnte, wenn auch gemildert, die gleiche Kritik wieder, die die Privatwirtschaft in den letzten Monaten an den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften geübt hat, und die von der Sozialdemokratie stets zurückgewiesen worden ist.

Das Zentrum, das nur einen Verbindungsmann in der Regierung hat, dürfte mit der Formulierung dessen, was über die Schule gesagt wird, einverstanden sein. Wird doch ausdrücklich gesagt, daß bei der noch vorgesehenen reichsgesellschaftlichen Lösung der Schulpolitik „das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts zu wahren“ ist.

Wenn die Reihe an die Reichswehr kommt, dann wird die

Erklärung noch positiver. Daß es das Ziel dieser Regierung ist, die Fragen der Wehrmacht so zu behandeln, daß jeder Deutsche stolz auf sie ist und in ihr nur einen Schützer und Helfer sieht, kann wohl nicht als ein besonderer Erfolg der sozialdemokratischen Führung betrachtet werden. Daß aber die Regierung im Vorherein diese Reichswehr im Rahmen ihrer Aufgaben, der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausstatten will, daß muß die unnahgiebige Opposition der sozialdemokratischen Partei auslösen.

Alles in allem: Die Regierungserklärung ist der erste Beweis dafür, daß trotz der Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung eine entscheidende Kursänderung kaum zu erwarten ist. Da nach der Regierungsbildung ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Fraktionen nicht gebunden sind, also auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion freie Hand hat, so muß gefordert werden, daß ihre Redner zu der Erklärung sagen, was Sozialdemokraten, die im Auftrage der Arbeiterklasse reden, eben zu sagen haben. Und es muß weiter erwartet werden, daß dieses Kabinett von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wirklich nur als ein Notstand angesehen wird. Wer diese Regierung als etwas anderes angesehen hat, dem wird hoffentlich die Regierungserklärung von seinen Illusionen befreien.

Ein Amnestie-Kompromiß

Die Amnestie

SPD Die Führer der Reichstagsfraktionen und deren juristischen Sachberater traten am Dienstag unter dem Vorhitz des Reichsjustizministers Koch zur Beratung der Amnestiefrage zusammen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt, da bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag einen Bericht über die Amnestieverhandlungen entgegen und billigte die Stellungnahme ihrer Unterhändler.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat am Dienstag nach dem Plenum zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wählte zum Vorsitzenden den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kahl, zu seinem Stellvertreter den Abgeordneten Landsberg (Soz.). Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstagvormittag statt. Man hofft dann in die sachliche Beratung der Amnestiefrage eintreten zu können.

Neuregelung der Ehescheidung

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, wird im Reichsjustizministerium die Frage der Ehescheidung mit Beschleunigung bearbeitet. Die Ehescheidungsreform ist zwar im Regierungsprogramm nicht besonders erwähnt worden, doch trägt sich Reichsjustizminister Koch-Weser mit der Absicht, dem Kabinett und den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst dieses Jahres eine Vorlage über die Ehescheidung vorzulegen, in der an Stelle des Verschuldungsprinzips das Zerrüttungsprinzip gesetzt werden soll.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die Deutschnationalen Graf Westarp und Dr. Oberführer, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für die Bayerische Volkspartei Leitz, für das Zentrum Dr. Siegerwald, für die Demokraten Dr. Haas und für die Kommunisten Ewert. Die Wirtschaftspartei wird durch den Abgeordneten Dreiwitz eine Erklärung abgeben lassen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch als erste Fraktion des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung einbringen.

SPD Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag an Stelle ihres bisherigen Vorsitzenden Hermann Müller-Franken, dem der Dank der Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen

wurde, einstimmig die Abgeordneten Breitscheid, Dittmann und Wels zu geschäftsführenden Vorsitzenden.

In der politischen Debatte werden die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser als Vertreter der Fraktion sprechen.

Die Zentrumsfraktion

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß am Dienstag, die Wahl ihres Fraktionsvorstandes auf den Herbst zu vertagen. Bis dahin wird der bisherige Fraktionsvorstand die Geschäfte der Fraktion führen.

Volkspartei und Demokraten

Die am Sonntag abgehaltene Tagung der Liberalen Vereinigung hat Anlaß dazu gegeben, daß jezt mehr noch der Gedanke der Gründung einer „großen liberalen Partei“ wieder diskutiert wird. Jezt nimmt auch die Nationalliberale Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, zu dieser Frage Stellung. „Sie lehnt eine Verschmelzung der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei ab. Das Blatt weist auf den Beschluß des Fraktionsvorstandes am 28. Mai 1925 hin, in dem die Beteiligung an Vereinigungen, die eine eigene Parteibildung anstreben, oder vermöge ihrer organischen Einrichtungen zu einer solchen führen müssen, entschieden abgelehnt wird. Eine Fusion mit der Demokratischen Partei“, so schreibt das Blatt, „kann für die Deutsche Volkspartei nicht in Betracht kommen. Selbst wenn große Teile dieser Partei noch vom liberalen Gedanken getragen sind, bleibt immer ein starker Flügel übrig, der unter dem Kommando der Großstadtpreffe steht. Mit solchen Kreisen gibt es keine Verschmelzung; sie werden nicht eher ruhen, bis diese linksdemokratische Gruppe bei der Sozialdemokratie gefandelt ist, so wie es einstmals unter Johann Jacoby und unter Rudolf Breitscheid geschehen ist. Was dann an liberalen Bestandteilen übrigbleibt, was auch an liberalen Wählern heute in wirtschaftlichen Gruppen vorhanden ist — das alles wird eines Tages in einer starken Deutschen Volkspartei den Kristallisationspunkt des freiheitlich-nationalen Bürgertums erblicken.“

Eine starke Deutsche Volkspartei als Sammelboden des freiheitlich gesinnten deutschen Bürgertums — da kann ja dann der deutschen Freiheit nichts mehr fehlen!

Mexiko

Es wird berichtet, daß 80 Aufständische, darunter zwei katholische Priester, gestern in Kämpfen mit Regierungstruppen im Staate Jalisco getötet worden sind.

Tornado in Nordamerika

Wie aus Johnston (Kalifornien) gemeldet wird, richtete dort ein Tornado großen Schaden an. Vier Personen wurden getötet, 15 schwer verletzt. Sechs Personen werden noch vermisst.

Sozialdemokratischer Sieg

bei den sächsischen Metallarbeiterwahlen

Wie der Sozialistische Sachdienste erfährt, zeigt das Gesamtergebnis der sächsischen Metallarbeiterwahlen einen überwältigenden Sieg der Amsterdamer Richtung. Von 21 Mandaten, die in Sachsen für den Verbandstag zu vergeben waren, hat die Amsterdamer Richtung 20 erhalten; lediglich in Limbach im Bezirk Chemnitz, der bekannten kommunistischen Hochburg, ist ein kommunistischer Delegierter gewählt worden. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten tatsächlich alle Anstrengungen gemacht haben, diesmal einen Erfolg für sich zu erzielen. Es zeigt sich aber, daß sie gerade bei den bestorganisierten und aufgeklärtesten Arbeitergruppen, wie sie sich in der Metallindustrie finden, mit ihren rein agitatorischen Phrasen keinen Eindruck machen können. Es läßt das auch einen Rückschluß darauf zu, daß sich ihre Anhängererschaft bei den politischen Wahlen gar nicht in erster Linie aus der Industriearbeiterschaft zusammensetzt, sondern aus loseren Scharen von Mistläufern und Mißvergnügten aus allen Schichten besteht. Schließlich ist zu erwähnen, daß die Beteiligung an den Wahlen diesmal fast in allen Orten erheblich größer war als bei der letzten Wahl 1926; die Zunahme der abgegebenen Stimmen ist restlos der Amsterdamer Richtung zugute gekommen.

Von Einzelergebnissen seien nach die folgenden mitgeteilt:

| | Amsterdamer Richtung | Moskauer Richtung |
|---------------------|----------------------|-------------------|
| Döbeln-Freiberg | 1153 | 183 |
| Reichen | 1058 | 338 |
| Zwickau | 737 | 288 |
| Plauen | 340 | 269 |
| Baunzen-Zittau | 1894 | 585 |
| Krimmitschau-Verdau | 1007 | 311 |

Dieses erfreuliche Ergebnis wird unseren Genossen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung neue Kraft geben, mit aller Energie in dem von uns für richtig gehaltenen Sinne zu arbeiten.

Sicherheit und militärische Unterstützung

SPD Genf, 3. Juli.

Die Sicherheitskommission des Völkerbundes nahm am Dienstag die lediglich nicht unerheblich veränderten drei Modellverträge in zweiter Lesung an. Es handelt sich um einen Kollektivvertrag für gegenseitige Unterstützung und um einen mehrseitigen, sowie einen zweiseitigen Nichtangriffsvertrag. Ferner wurden die dazu gehörigen Resolutionen und Einleitungen angenommen. Die Serben und die Polen erklärten, wie erwartet, daß sie auch weiterhin versuchen würden, in die Sicherheitsverträge eine besondere militärische Unterstützungs Klausel hineinzubringen. Paul-Boncour gab der Meinung Ausdruck, daß die Modellverträge an sich erlauben, eine verbindende Formel für militärische Hilfe bei einem flagranten Angriff einzufügen. Die Türken legten ihren Standpunkt gleichfalls in einer Erklärung dar. Sie bedauern darin, daß der Begriff der Neutralität in den Modellverträgen keine Aufnahme gefunden hat und sprechen sich für ein allgemeines Schiedsgerichtsverfahren für alle Konflikte aus. — Die Sicherheitskommission wird ihre Arbeiten am Mittwoch beenden.

Die Handelsbeziehungen

SPD Genf, 3. Juli.

Die zweite Konferenz für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Holländers Colijn zusammen. Auf der Konferenz sind 28 Staaten vertreten. Außerdem ist die Internationale Handelskammer eingeladen worden und erschienen. In seiner Begrüßungsrede umriß der Vorsitzende der Konferenz die beiden hauptsächlichsten Aufgaben, die sie zu erledigen hat: die Nachprüfung der nach der ersten Konferenz eingereichten Vorbehalte und die Bestimmung eines Zeitpunktes und sonstiger Vorbedingungen für die Inkraftsetzung der Konvention. Colijn teilte u. a. mit, daß alle Staaten, die die Konvention bisher unterzeichnet haben, vertreten seien.

Die Schwere der Aufgaben der Konferenz ist aus der von dem amerikanischen Vertreter gegebenen Aufstellung ersichtlich, nach der auf der Konferenz im November 1927 insgesamt 12 Vorbehalte angemeldet worden seien, bis heute aber 52 für mehrere tausend verschiedene Waren vorliegen. Der Konferenz liegen neue schriftliche Bemerkungen Belgiens, Luxemburgs, Chiles, Deutschlands und der Tschechoslowakei vor. In der Nachmittagsitzung wurden die folgenden positiven Erklärungen abgegeben: Belgien zog sein Exportverbot für Knochen zurück entsprechend einem am Montag im Völkerbund abgeschlossenen Abkommen über den Verkehr von Häuten und Knochen. Estland bestand auf seine bisherigen Ausfuhrverbote für Butter, Eier, Platin und Edelsteine, Korallen teilte mit, daß es seinen Antrag auf die Aufrechterhaltung eines Importverbots für verschiedene Lebensmittel zurückziehe, aber sein Exportverbot für gebrauchte Schiffe und Schiffsbau materialien aufrechterhalte. Polen verfuhrte damit Eindruck zu machen, daß es auf seine sämtlichen, nach dem November angekündigten Warenvorbehalte verzichtete. In Wirklichkeit handelt es sich um Einfuhr- und Ausfuhrverbote, die Polen erst in Kraft setzen wollte bzw. nach dem September 1927 in Kraft gesetzt hat und die infolgedessen nach den Bestimmungen der Konvention sowieso nicht genehmigt werden konnten.

Loucheurs Sanierung der Bauunternehmer

SPD Paris, 2. Juli.

Am Montagnachmittag hat in der Kammer die Diskussion über das Wohnungsprojekt des Arbeitsministers Loucheur begonnen. Die Regierung fordert die Klüftung von 10 Milliarden Frank in Form billiger Bankkredite, von denen jährlich 1,1 Milliarden zur Errichtung von Kleinwohnungen und Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Nach der offiziellen Begründung des Gesetzes soll Arbeitern und kleinen Bürgern dadurch Gelegenheit geboten werden, gegen erträgliche Ratenzahlungen Besitzer einer anständigen Wohngelegenheit zu werden. In Wirklichkeit aber kommt das Projekt weit mehr dem Interesse der Bauunternehmer und Bauspekulanten entgegen.

Im Populäre wird die von Loucheur vorgeschlagene Methode, die eine ausschließliche Begünstigung der Bauindustrie bedeutet, einer scharfen Kritik unterzogen. Nicht die geringsten Garantien bestanden dafür, daß die allgemein ihren Händen überlieferten Ersparnisse des wohnungsuchenden Publikums auch zu treuen Händen verwaltet werden.

Nach Meldungen aus Melbourne gibt der australische Verteidigungsminister bekannt, daß die australischen Luftstreitkräfte in Kürze mit 32 Leichten Bombern, 3 zweifelhier zum Gesamtpreis von drei Millionen Mark neu ausgerüstet werden würden.

Der Mensch im Zuchthaus

Blaidoner für Plättner

Von Kurt Großmann, Berlin.

Scheinbar vergessen beglückt ein Mann im Zuchthaus Ludau, Niederlausitz. Die große Glocke die für Max Hölz geschwungen wird klingt nicht für Karl Plättner. Ich war im Auftrage der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, die ihn seit Jahren betreut, bei ihm und lernte einen Menschen kennen, für den es wert ist, seine Stimme zu erheben.

In dem roten Backsteinbau des Zuchthauses Ludau, das heute 340 Insassen in seinen brüchigen Mauern beherbergt, in einem spärlich eingerichteten Zimmer wartete ich auf Karl Plättner. Durch das Fenster schaute ich auf den Hof. Etwa dreißig Gefangene machen ihren Rundgang. In Abständen von drei Metern gehen sie auf der schmalen, vorgezeichneten Riespur, weg-auf — weg-ab.

Plättner tritt herein. Ein etwa 35-jähriger, kultiviert aussehender Mensch reicht mir die Hand. Er ist Revolutionär und bäumt sich auf gegen die kommunistische, militärische Parteidoctrin. Darum gehört er auch nicht der Partei an. Schon seit nahezu sieben Jahren sitzt er im Zuchthaus — zu Unrecht, wie er und wir behaupten.

Karl Plättner ist mit seinen Genossen Hölz, Lewandowski, Täpfer, Meißner, Krause, Adolf und Hög, Fischer, Mendel, Zahne usw. wegen vollendeten Hochverrats (§§ 81 Abs. 2; 83 StGB.) in Tateinheit mit § 6 des Sprengstoffgesetzes wegen qualifizierten Raubes in zwei selbständigen Handlungen zu 8 Jahren Festungshaft und 16 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Gemäß § 74 StGB. ist auf eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus erkannt und fast die gesamte Unterjuchungshaft in Anrechnung gebracht worden. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist Abstand genommen worden!

Um diese zehn Jahre Zuchthaus vor dem Niederrheinischen Senat des Staatsgerichtshofes, hat Plättner vor dem hiesigen Schwurgericht einen schweren Kampf gekämpft. Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Kuhlmann hat Plättner 28 Stunden = 3 Tage hintereinander sprechen lassen, damit er die Unzuständigkeit des Schwurgerichts begründen könne.

Plättner ist in Verbindung mit der sogenannten „März-Aktion“ verurteilt worden. Er war nach der Novemberrevolution zu der Ueberzeugung gekommen, daß — um die Früchte der Revolution für das Proletariat zu retten — nichts weiter übrig bliebe, als die Macht dem Proletariat mit der Waffe in der Hand zu erkämpfen. Diese Auffassung hat er in mehreren Broschüren niedergelegt. Als im März 1921 der Aufstand begann, begab er sich, nach dem Urteil, am Sonntag, dem 19. März 1921, von Leipzig nach Halle, sprach in einer öffentlichen Versammlung der KPD und sammelte am Montag, dem 21. März, nach weiteren Vorträgen in Heßfeld Ausständische aus den Bezirken Halle, Ammendorf, Mansfeld und veranlaßte, daß die Arbeiter die Betriebe verließen und sich bewaffneten. Mehrere Tage später wurde er in die Bezirkskämpfleitung berufen und mit Sonderaufträgen betraut. Er bildete eine Sprengkolonne, die solche Aufträge auszuführen hatte.

Plättner erkannte sehr bald, daß diese Bewegung in dem Augenblick tot sein würde, da ihr die Mittel fehlten. Getreu seinem revolutionären, sozialistischen Programm, welches im Strafbuch keine entsprechende Interpretation findet oder gar Berücksichtigung, hat er verschiedene, gewaltsame Expropriationen ausgeführt. So in der Chemischen Fabrik Wadua, wo er 32.000 Mark „beschlagnahmte“.

Als am 20. März 1921 der mitteldeutsche Aufstand für die

Arbeiterchaft sein Ende erreicht hatte, organisierte Plättner selbständig einen Aktionsausflug, der sogenannte terroristische Gruppen bildete. Eine wesentliche Aufgabe zum Gelingen des geplanten Zieles sah Plättner a) in der Abschredung der Weichen, b) in weiteren Expropriationen. Er nahm letztere in Deuben vor, wo er ca. 250.000 Mark exproprierte, in Brudorf auf der Grube Alwine, wo er ca. 21.000 Mark nahm und in verschiedenen anderen Dörfern. Insgesamt soll Plättner nach dem Urteil ungefähr eine Million Mark „beschlagnahmte“ haben wovon er — wie das Urteil anerkennt — nichts für sich genommen hat.

Plättner hat das Urteil gegen sich als einen Nachspruch empfunden. Schon vor drei Jahren hat die juristische Abteilung der Liga für Menschenrechte Plättner mitgeteilt, daß es sich hier keinesfalls um einen Nachspruch handele, sondern um einen Fehl-spruch. Warum?

Der Komplex der Plättner-Gruppe, deren Vorgehen etwas Exzeptionelles darstellt, gehört — wie das ausgezeichnete Gutachten des Herrn Prof. W. Piepmann treffend ausgeführt hat — unter die Amnestie (Reichsamnestiegesetz vom 21. Juli 1922). In den Genuss dieser Amnestie kamen alle diejenigen, die ihre Straftaten nicht in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Nun ist gerichtsnotorisch erwiesen, daß die Straftaten der Plättner-Gruppe sich nicht in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Trotzdem wurde das Verfahren durchgeführt! Im Urteil wird keine Straftat festgestellt, die in das Jahr 1922 fällt.

Was hat aber der Staatsgerichtshof aus diesen klaren Bestimmungen gemacht?

Er führte aus, die Bestimmung des § 1 Abs. 1 Satz 2 des Amnestiegesetzes sei „nicht genügend klar“ gefaßt. Daher müsse die „gemäß dem Zweck und Sinn des Gesetzes“ ausgelegt werden. Das Gesetz beschränke sich hiernach auf die Hochverratsunternehmungen des „unruhreichen“ Jahres 1921 und soll lediglich die „aus der Welt schaffen“. Die Bedeutung der Bestimmung sei demgemäß, daß sich die Amnestie lediglich auf Täter und Teilnehmer an denjenigen hochverräterischen Unternehmungen erstrecke, welche im Jahre 1921 abgeschlossen worden seien. Habe ich aber das Unternehmen über das Jahr 1921 hinaus ausgeführt und zwar — ohne daß die Täter oder Teilnehmer selbst durch weitere Handlungen das Unternehmen bis in das Jahr 1922 fortgesetzt zu haben brauchen — so solle wegen der Gefährlichkeit und des Umfangs eines solchen Unternehmens Straffreiheit nicht eintreten.

Nach Auffassung des Staatsgerichtshofes ist nur dann eine Amnestie am Platze, wenn der Täter durch tatsächliche Neue gezeigt habe, daß er die Tat nicht fortsetzen wolle. Danach sind nicht diejenigen unter die Amnestie gefallen, die bereits im Jahr 1921 verhaftet waren (so Jahndle) und somit außerstande, ein Hochverratsunternehmen fortzuführen.

In dieser Interpretation liegt der Schlüssel zum Fehlspruch! Plättner ist ein hemmungsloser Phantast, der während der ganzen Kampagne wohl gedroht, lamentiert, aber — wie das Ende zeigt — nie einem Menschen etwas zuleide getan hat. Und der persönliche Eindruck, den man von ihm gewinnt, ist der, daß es sich hier letzten Endes um einen wertvollen Menschen handelt, der sich wohl gegen das gerichtliche Gesetz vergangen hat, weil er glaubte, der Welt sein Klassenvertrauen sein zu müssen; der aber moralisch rein geblieben ist, wie ihm das auch der Niederrhein-Senat vollerte!

Liegt nicht schon hierin allein das Eingeständnis, daß das Urteil leider eine willkürliche Konstruktion ist? Darum darf man nicht warten, bis die neue Amnestie über das Schicksal Plättners endgültig entscheidet, sondern der neue Reichsjustizminister hat eine erste Aufgabe, die Entlassung Plättners und Genossen. Justitia, hic rhodos, hic saltat!

Nur für den Frieden

SPD Paris, 3. Juli.

Am Dienstag fand in Le Havre die seit langem angekündigte Parade der französischen atlantischen und Mittelmeerflotte vor dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern der Regierung statt. Präsident Doumergue legte den Ansichts des ihm umgebenden militärischen Drucks, der stark an gewisse Veranstaltungen in der Vorkriegszeit erinnert, sichtlich Wert auf die wiederholte Feststellung, daß Frankreich, wenn es zur See rüste, einzig und allein den Ehrgeiz habe, dem Frieden zu dienen, und daß eine mächtige Flotte zur Sicherung seiner Küsten und seiner Kolonien unbedingt notwendig sei. — Der Marineminister verglich die Parade mit der vor drei Jahren in Cherbourg abgehaltenen und wies darauf hin, daß seitdem die Flotte vollkommen umgestellt worden sei. In der Tat sind von den 80 Einheiten, die an der Parade teilnahmen, die Hälfte Neubauten, vor allem neue Kreuzer und Torpedoboote. — Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, erwähnte in seiner Ansprache, daß aus den im Damesplan vorgesehenen Zahlungen die Summe von 1½ Milliarden für Neubauten des Hafens von Le Havre vorgesehen sei.

In Binnowitz



„Tiefer gehen Sie nicht hinein?“
„Ich werd' mich hüten. Ehe wir nicht zum Schutze der Badenden den Panzerkreuzer haben...“

Antwort der polnischen Sozialisten Der Maulkorb für die Presse

SPD Warschau, 3. Juli.

Die Parlamentsfraktion der polnischen Sozialisten hat sich am Dienstag mit der gegenwärtigen politischen Lage befaßt. In der hierzu angenommenen Entschließung heißt es, die letzten Erklärungen Bilsuldis seien nichts anderes als eine offene Bedrohung der polnischen Verfassung, auf die Bilsuldi erst vor wenigen Tagen verzichtet wurde. Die Sozialistische Partei erachte es aber als unter ihrer Würde, auf die unerhörten Schmähungen gegen das Parlament einzugehen. Bilsuldis Absichten ließen darauf hinaus, einen neuen Staatsstreik zu begehen. Die Sozialisten würden jedoch die Demokratie mit allen Mitteln und bis zum äußersten verteidigen.

Der sozialistische Robotnik ist am Dienstag wegen der Veröffentlichung der von der sozialistischen Sejmfraktion angenommenen Resolution und wegen eines Kommentars des Abgeordneten Niedzialowski zu dieser Entschließung beschlagnahmte worden.

Wie der Robotnik mitteilt, hat heute nacht der Stadthauptmann den Redaktionen einer Reihe von Warschauer Zeitungen gedroht, daß die Blätter beschlagnahmte würden, wenn sie die sozialdemokratische Entschließung über das Interwiew Warschau Bilsuldis abdrucken wollten. Robotnik erklärt, daß ein derartiger unerhörter Terror eine Vergewaltigung der Freiheit des Wortes bedeute, um so mehr als in Polen keine Zensur bestehe.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

Auf dem toten Punkt

Die litauische Telegraphenagentur berichtet über die polnisch-litauischen Verhandlungen: In der gestrigen zweiten Sitzung der Sicherheits- und Entschädigungskommission erklärte der polnische Delegationsvorsitzende, daß die polnische Delegation noch keine Ansicht über das litauische Gegenprojekt zur Sicherheitsfrage zum Ausdruck bringen könne, da die neugebildete polnische Regierung es noch nicht beraten konnte. Um diese Frage zu beschleunigen, begab sich das Mitglied der polnischen Delegation Professor Makowski nach Warschau, und man glaubt, daß die nötigen Instruktionen Mittwoch oder Donnerstag eintreffen werden. Zur Frage der Liquidation der Jellowski-Schäden erklärte die polnische Delegation, daß sie diese Frage nur im Zusammenhang mit der gesamten Entschädigungsfrage behandeln könne. Die litauische Delegation lehnt ihrerseits nicht ab, über die Entschädigungsfrage in ihrer vollen Ausdehnung zu verhandeln, vorausgesetzt, daß vorher über die Sicherheitsfrage eine Verständigung erzielt worden ist. — Die nächste Sitzung soll nach Eingang der Instruktionen aus Warschau stattfinden.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Ministerialrat Sokołowski, erklärte einem Pressevertreter, daß die Beratungen in durchaus freundschaftlichem Sinne erfolgt seien. Man habe sich bemüht, ein Kompromiß zu finden, das eine für beide Teile in der Frage der polnischen Entschädigungsforderung befriedigende und annehmbare Lösung darstelle. Es hätten sich jedoch auf beiden Seiten so starke Meinungsverschiedenheiten bei der Behandlung dieser Frage gezeigt, daß schließlich die Beratungen auf dem toten Punkt anlangten und ver tags werden mußten.

Die Erklärung des Reichskabinetts

Berlin, 3. Juli.

Die Tribünen sind schon längere Zeit vor Sitzungsbeginn dicht besetzt.

Der Präsident verliest das Schreiben, in dem Reichskanzler Müller dem Reichstag seine Ernennung mitteilt und die Mitglieder seines Kabinetts aufführt. (Abg. Torgler (Komm.) ruft: Lauter Namen, aber keine Köpfe! — Heiterkeit.)

Hierauf nimmt der Reichskanzler das Wort. Die Kommunisten empfangen ihn mit Rufen: „Der Generaldirektor kommt!“

Reichskanzler Müller-Franken

Der Wahlkampf hat der Welt bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger und fester Entwicklung getreten ist. Entschiedenem Weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl kundtut. Solchem Ziele dient die Zusammenlegung der Reichsregierung. Beruht sie auch nicht auf Koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammenlegung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. In der

Außenpolitik

werden wir an der bisherigen Grundlage, dem Willen zur friedlichen Verständigung unter Beachtung der Gedanken der Rönneke, festhalten. Dabei werden wir das Ziel weiter verfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken. Nur noch 1 1/2 Jahre trennen uns von dem für die Räumung der zweiten Zone vorgesehenen letzten Vertragstermin. Die Räumungsfrage einfach dem Zeitablauf überlassen, so wäre damit eine bedeutsame Gelegenheit verflüchtigt, die Politik der Verständigung in die Tat umzusetzen, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben waren.

Im Bältebund, an dessen Aufgaben wir loyal mitarbeiten wollen, sehen wir einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung der nationalen Interessen. Im Vordergrund unseres Interesses steht dabei die Frage der allgemeinen Abrüstung. Die Entwaffnung Deutschlands ist bis zum letzten Ende durchgeführt. Deutschland war der erste Staat, der dem amerikanischen Bälte zur Regelung des Krieges ohne Vorbehalt zustimmte. Die Welt muß sich aber darüber klar werden, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einseitig abgerüstet ist in mitten von Ländern, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

Von entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und Finanzlage Deutschlands auf lange Jahre hinaus ist auch

die Reparationsfrage

Deutschland hat nach dem Sachverständigenplan seine Verpflichtungen regelmäßig und pünktlich erfüllt. Die Sachverständigen selbst aber haben diesen Plan nur als vorläufige Regelung bezeichnet. Jetzt ist die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um die Ueberzeugung zu festigen, daß die baldige Herbeiführung der Endlösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Der Erfolg hängt davon ab, daß auf dem Wege gegenseitiger Verständigung nach den Methoden einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und selbstverständlich unter Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung des deutschen Volkes vorgegangen wird. Die

Innenpolitik

erfordert die Ausführung des Sachverständigenplans. Die Reparationszahlungen können nach den eigenen Worten der Sachverständigen auf die Dauer nur aus wirklichen Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft geleistet werden. Die Reichsregierung wird alle Bestrebungen zur wirtschaftlichen Verbesserung der deutschen Volkswirtschaft unterstützen, um die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken. Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz durch die bisherige Reichsregierung an. Sie wird sich insbesondere für die Senkung der Zolltarife durch internationale Vereinbarungen einsetzen.

Die Reichsregierung sieht Handelsverträge mit den östlichen und südöstlichen Staaten als eine wesentliche Aufgabe an, sie begrüßt, daß die Verhandlungen mit dem Stammeverwandten Deltereich eingeleitet haben und wird auch den Weg autonomer Maßnahmen auf dem Gebiete des Zolltarifs beschreiten.

Die vom Reichswirtschaftsrat bereits begutachteten Vorschläge einer autonomen Zollentlastung für in Handelsverträgen nicht verwertbare industrielle Positionen des deutschen Zolltarifs werden den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlussfassung vorgelegt.

Preisgestaltung auf dem inneren Markt.

Zu ihrer Beeinflussung muß die Leitung eines Staatswesens den unbedingt nötigen Lebens- und Geldbedarf in die Kartell-, Trust- und ähnliche Organisationen haben, um sich ein Urteil über Art und Auswirkung ihrer Betätigung bilden und ihre Maßnahmen entsprechend einstellen zu können. Entsprechende Vorschläge einer Erweiterung der Kartell- und Monopolgesetzgebung, insbesondere nach der Richtung einer Einbeziehung der den Markt beherrschenden Großunternehmen, werden nach ihrer Fertigstellung vorgelegt. Mit besonderer Sorgfalt verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung der Verhältnisse im Steinkohlenbergbau. Die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik nach Art. 165 der Reichsverfassung soll durch den Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der demnächst vor den Reichstag kommt, gefördert werden.

Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ist im Interesse eines gelunden Aufbaues des Deutschen Volkes unumgänglich notwendig. Deshalb sollen die Maßnahmen des Reichs zur Förderung der Bodenverbesserung und Erhebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgesetzt werden, ebenso alle modernen Mittel zur Steigerung der Erträge.

In der

Sozialpolitik

beabsichtigt die Reichsregierung die Kautifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag; der vom Reichstag bereits verabschiedete Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes soll alsbald vor den Reichstag kommen, und zu seiner Ergänzung ein Bergarbeitergesetz. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird sich erst in Zukunft voll auswirken können, denn auf diesem Gebiete sind Verhältnisse von Jahrzehnten nachzuholen. Rechtzeitig vor dem Winter muß die Frage der Stellung der Saison-Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung geklärt werden. Die Dauer der Reisen unter Erhaltung für ältere Angehörte und Arbeiter soll verlängert und weiter geklärt werden, ob rückwärtsloser Entlassung älterer Angehörte wirksam gesteuert werden kann. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande soll entgegengewirkt und das Bestreben zur

zur Umschulung von Arbeitskräften und Erleichterung der Freizügigkeit unterstützt werden. — Die Reichsversicherung soll einfacher, wirtschaftlicher und ertragsfähiger gemacht werden. Namentlich werden die Versicherungsträger nach schärfer auf vorbeugende und verhütende Maßnahmen sich einstellen, auf Bekämpfung der Volkskrankheiten und Schutz gegen Arbeitsunfälle. Es wird zu erwägen sein, ob und inwieweit die Versicherungspflichtgrenze zu erweitern ist. Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des Deutschen Volkes. Die Reichsregierung wird die Kleinrentner-Hilfe auf eine von dem Reichsenne der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage stellen.

Die Wohnungsnot

veranlaßt eine besondere Fürsorge für die Erhaltung des Altwohnraums und den Bau neuer Wohnungen, wobei die Bedürfnisse der unbedeutendsten und minderbedeutendsten wohnungslosen Volksteile, vor allem der neugegründeten und der linderreichen Familien sowie der unmittelbaren Kriegsoffer hervorragend zu berücksichtigen sind. Auch andere Maßnahmen zur Entlastung linderreicher Familien werden getroffen. Die Neubaumieten sollen auf erträglicher Höhe gehalten werden, u. a. durch Abwehr ungerechtfertigt ansteigender Bodenpreise und rationelle Gestaltung des Baumwesens. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaues werden alle Kräfte der gemeinnützigen und privaten Bauwirtschaft herangezogen. Die Regierung wird die vom Reichstag beschlossene

Initiativ-Vorlage über den Verfassungsgesetz

unverzüglich beim Reichstag einbringen. Es ist selbstverständlich, daß die Verfassung gegen jeden geschwindigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen wird.

Das geltende Wahlrecht weist Mängel auf, die zu einer Entfremdung des Gewählten von den Wählern und zu einer Zersplitterung des Parteiwesens führen. Aufgabe der von der Reichsregierung in Angriff zu nehmenden Wahlrechtsreform wird die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßig festgelegten Systems der Verhältniswahl aber zugleich die Sicherstellung einer engeren Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sein. In der

Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anstreben. Dabei ist die Stellung der Schule als eines der Staatshoheit unterliegenden Organismus, dessen Aufbau und Gliederung auf den Bestimmungen der Reichsverfassung beruht, das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts und die verfassungsmäßig gewährte Gewissensfreiheit unter Berücksichtigung der Elternrechte zu wahren.

Die Wehrmacht

der Deutschen Republik wird ihre Aufgaben — Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern — nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungsschichten getragen wird. Dafür ist eine rein vaterländische und überparteiliche Einstellung erforderlich. Der Parteigegensatzpunkt muß ausgeschaltet werden, damit jeder Deutsche stolz auf unsere Wehrmacht sein und in ihr nur den Helfer und Schützer sehen kann. — Bei der Fortführung der

Strafrechtsreform

wird namentlich die Frage der Beseitigung der Todesstrafe zu entscheiden sein. Schon jetzt wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Bei dem Strafrechtsreformwerk reichen sich zum erstmalig seit langer Zeit Österreich und Deutschland die Hand zu gemeinsamer Gesetzesarbeit, die uns den ersten großen Schritt zur Rechtsgleichheit der Deutschen bringen soll. Bei den amnestie-Anträgen hofft die Reichsregierung, daß der Reichstag sich über Umfang und Grenzen verständigen wird und legt besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Anträge die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zum Abschluß gelangt.

In der

Steuerpolitik

wird zu prüfen sein, inwieweit die drückende Steuerlast der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung eine Erleichterung erfahren kann. Namentlich unter Berücksichtigung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Reichsfinanzen wird zu prüfen bleiben, ob eine mäßige Senkung des Tarifs in den unteren und mittleren Stufen der Einkommensteuer durchführbar erscheint. Erst im Herbst wird man sich ein Urteil hierüber bilden können.

Vordringlich erscheint die Frage, wieweit bei den Einkommen bis zu achttausend Mark, sei es, daß sie dem Lohnabzug unterliegen, oder veranlagt werden, eine Erleichterung angestrebt werden soll, angesichts der Tatsache, daß das Einkommen an Lohnsteuer in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres Beträge erreicht hat, die eine Ueberschreitung der gesetzlich festgelegten Höchstsumme erwarten lassen.

Bei der Vermögenssteuer sollen die 40 Millionen nach

erhöhen werden, die 1926 ausgefallen sind. Die Reichsregierung stimmt mit der Länderkonferenz und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer grundlegenden Reform bedarf. Sie erstrebt eine starke Reichsgewalt mit Berücksichtigung der Bedeutung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volkslebens. Die Reform wird in enger Zusammenarbeit mit den Ländern herbeigeführt.

Der Kanzler schloß mit der Erklärung, daß dieses eingehende Programm nur dann in die Tat umgesetzt werden könne, wenn die Werra der Krisen beendet und die politische Lage so gesichert und fest ist, daß die ganze Kraft der Reichsregierung sich auf die Erledigung der ihr obliegenden Aufgaben konzentrieren kann. Die Regierung, so erklärte er, nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaues in Anspruch und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifallstundgebungen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien, wiederholt auch durch höhnische Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Der Kommunist Leo W hatte ein Stück Seife auf den Tisch des Hauses gelegt, während die Kommunisten riefen: „Die SPD seilt euch ein!“

Präsident Wöde zitierte schließlich den Abgeordneten Torgler (Komm.) wegen fortgesetzter Unterbrechungen zur Ordnung. Am Schluß der einstündigen Rede des Reichskanzlers kamen von den Sozialdemokraten und den Mittelparteien lebhaft Beifallstundgebungen.

Auf Vorschlag des Präsidenten verläßt der Reichstag um 4 1/2 Uhr die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch, 12 Uhr.

Zodesurteil gegen den Mädchenmörder Kiebach

Trotz festgestellter erblicher Belastung!

SWD. Der Mädchenmörder Kiebach, der im Dezember v. J. die 20jährige Dora Ferste im Eisenbahnzug niederschlug und beraubte, wurde am Dienstag vom Landgericht II in Berlin zum Tode verurteilt. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete ebenfalls auf die Todesstrafe, da „unzweifelhaft Mord vorliegt“.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde u. a. die Frau des Arbeiters Buetzgen vernommen, der Kiebach zur Anzeige gebracht hat. Die Zeugin erzählt, daß ihr Mann, der früher einmal in Beziehungen zu der Schwester Kiebachs gestanden habe, eines Tages mit der entscheidenden Mitteilung gekommen sei, daß sich Kiebach zu der Tat bekannte. Sie habe sofort auf eine Anzeige bestanden, ohne daß ihr Mann dem entgegen hätte. Buetzgen habe auch ein Paket mitgebracht in dem sich zerrissene Sachen, darunter ein Schloß und blutige Handschuhe, die mit der Tat in Verbindung standen, befanden. Wiederholt habe es Streit zwischen ihrem Ehemann und ihr gegeben, weil er es ablehnte, der Polizei von den Äußerungen seines Freundes Mitteilung zu machen. Anschließend wurde der Ehemann der Zeugin, der Arbeiter Heinrich Buetzgen, vernommen. Er ist viermal, insbesondere wegen Diebstahls, verurteilt und hat Kiebach im Gefängnis kennengelernt. Der Zeuge machte einen etwas bedrückten Eindruck. Er wird nach seinen eigenen Darstellungen wegen seiner Anzeige von gewissen Kreisen nach wie vor verfolgt. Buetzgen gibt zu, daß er mit Kiebach gelegentlich einmal einen gemeinsamen Einbruch vorbereitet habe und ganz überrascht war, als ihm sein Freund mitteilte, den Mord an der Dora Ferste begangen zu haben. Das bei der Tat verwendete Eisenlineal und das Paket mit den zerrissenen Kleidungsstücken habe ihm Kiebach am Abend nach der Tat überreicht. Ueber das Verbrechen selbst habe sein Freund erzählt, daß sich die Ferste sehr gewehrt hätte. Er habe von dem harten Schicksal seines Opfers gesprochen und erklärt, daß er deshalb immer wieder zugeschlagen habe, bis das Mädchen bewußtlos zusammenbrach. Außerdem hätte er geäußert, daß selbst wenn die Dora Ferste zum Bewußtsein kommen sollte, ihr Verstand infolge der furchtbaren Schläge herabgemindert sein würde und sie ihn gar nicht wiedererkennen könnte. Auch von einem Rasiermesser, das er unter Umständen verwenden wollte, habe Kiebach gesprochen. Der Zeuge schloß seine Beziehungen mit der Feststellung, daß er ohne seine Frau den Kiebach nicht angezeigt haben würde.

Unter starker Bewegung im Saale wurde die Mutter des Angeklagten verhört. Sie behauptet, daß insbesondere der Vater, der gelegentlich trinke und hin und wieder roh zu dem Angeklagten war, an dessen Elend viel Schuld trage. Der Vater selbst verweigerte die Aussage, während die Schwester des Verbrechens ebenfalls einen großen Teil der Schuld auf ihren Vater abwälzte und ihn als Trinker bezeichnet. Diese Äußerung veranlaßte den Vater, mit lauter Stimme dazwischen zu rufen: „Anstun, ich bin nie betrunken gewesen!“ Der Vorsitzende ermahnte daraufhin den Zeugen, sich zu mäßigen. — Die Braut des Angeklagten erwiderte auf eine Anfrage des Vorsitzenden, daß sie die Beziehungen zu Kiebach noch nicht gelöst habe, sie blieb daher unvereidigt.

Der Angeklagte nahm das Urteil gelassen hin.

Hindenburg und der Stahlhelm

Die Verfassung muß geändert werden

rw In Oppeln fand am 1. Juli ein Stahlhelmtag für die beiden Provinzen des preussischen Schlesiens statt, zu dem neben bekannten Industriellen aus dem ober-schlesischen Industriebezirk auch August Wilhelm und Wilhelm Hohenzollern jr. erschienen waren. Bemerkenswert waren die Ansprachen der beiden erschienenen Bundesführer. Der Generalkommandant Seldte hielt eine betont politische Rede, in der er die Forderung nach aktiver Rechtspolitik unterstrich. Der Stahlhelm, meinte Herr Seldte, müsse seine Forderungen viel stärker herausarbeiten und die Bildung eines Rechtsblocks zur Änderung der Verfassung verlangen. Die Förderung des nationalen Gedankens sei sehr notwendig in einer Zeit, in der Beamte des Staates eine Sprache führten, die der Stahlhelm nicht mehr als die eines Deutschen ansehen könne. Wie die Rede Seldtes war auch die Ansprache des zweiten Bundesführers Duesterberg deutlich gegen die nicht genügend nationalen Deutschnationalen gerichtet. Unter starkem Beifall betonte er, daß der Stahlhelm nicht nur zum Feste feiern und für die Wahlen da sei. Man will also aktiv politisch werden, sojuzigieren die nationale Knochenmarkung der Deutschnationalen — nach Auflassung des Stahlhelms — bekämpfen und dafür sorgen, daß die Verfassung, natürlich im monarchistischen, zum mindesten im Sinne einer Diktatur, geändert wird.

Unbeschadet dieses sehr eindeutigen Charakters der Veranlassung hat es sich das Ehrenmitglied Hindenburg nicht nehmen lassen, die Tagung mit einem Begrüßungstelegramm zu bedenken. Der Präsident der Republik bekundete sich also offen und demonstrativ zu einer Organisation, die ebenso offen eine Änderung der Verfassung, natürlich im antirepublikanischen Sinne, fordert — — Unbegreiflichkeit einer Republik.

Der Faschistenterror in Litauen

Mordanschlag eines Geflüchteten

SWD. Warschau, Ende Juni.

Der Zustrom an Flüchtlingen aus Litauen hat in letzter Zeit wieder stark zugenommen. Täglich treffen hier Angehörige linker Parteien aus Litauen ein, teils direkt, teils über Riga kommend, die sich den unerträglichsten Verfolgungen und Gewaltmaßnahmen der Bolschewiken-Regierung durch die Flucht entzogen haben. Einer dieser Flüchtlinge, namens Teophil Kuska, hat sich in abenteuerlicher Weise aus dem berüchtigten Konzentrationslager in Warne retten können. Er erzählt über seine Flucht folgendes: Das Leben im Konzentrationslager von Warne ist furchtbar schwer zu ertragen. Für die geringsten Vergehen werden die Gefangenen gefoltert, gequält und in leuchtende Kerker geworfen. Immer wird mit dem Revolver gedroht und sogar durch das Fenster geschossen, wenn die Posten nur eine leise Unterhaltung der Gefangenen bemerken. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kulturvölker einmal um diese Zustände kümmern.

Der Gedanke zur Flucht beschäftigte mich schon lange, und in aller Stille bereitete ich mich darauf vor. Der geeignete Moment zur Flucht war der Sonntagabend, als ein starkes Gewitter heraufzog. In der Nacht brach ich die Ausgangstür zum Korridor auf und ließ mich durch das Fenster an einem Eisendraht in den Hof hinunter. Mit mir verschluckt noch acht andere Schiffsaltsgegnen die Flucht. Alle neun gelangten wir glücklich ins Freie und trennten uns dann, um auf verschiedenen Wegen die Grenze zu erreichen. Später hörte ich, daß alle gefangen genommen wurden. Ich blieb zusammen mit dem ehemaligen Abgeordneten des Sejm, Radis. Als wir neun Kilometer weit entfernt waren, kamen uns die Verfolger auf die Spur. Radis eilte in den Wald und wurde, wie ich später hörte, gefangen. Ich warf mich in den vorbeistießenden Bach und blieb etwa zwei Stunden im Wasser. Dann schlich ich mich weiter durch Sümpfe und Wälder zur Grenze durch.

Stellungswechsel der Schwerindustrie

Wir veröffentlichen den folgenden, der Gewerkschaftszeitung Nr. 26 entnommenen Artikel, weil er Tendenzen der Unternehmerschaft aufzeigt, die der aufmerksamsten Beachtung der Arbeiterschaft wert sind.

Die westdeutsche Schwerindustrie hat in den letzten Wochen in mehreren Kongressen zu Problemen der Gegenwart Stellung genommen. Anfang Juni fand ein sogenannter „Deutscher Bergmannstag“ statt, einige Tage später waren die Herren vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zusammen und am 19. Juni tagte in Düsseldorf eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein). Auf all diesen Tagungen hat man sich lebhaft mit der sozialen Frage beschäftigt. Der Bergmannstag und das Parlament der Eisen- und Stahlindustrie stellten gewisse Forderungen auf, die unbedingt erfüllt werden mußten. Auf dem Deutschen Bergmannstag waren es fünf Punkte und Herr Dr. Reichert vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatte sogar 10 Gebote aufgestellt. Letztere waren an die in der Bildung begriffene Regierung gerichtet. Greifen wir das heraus, was für die Arbeiterschaft von besonderem Interesse ist. Die Forderungen des Bergmannstages erwähnten wir bereits in einem früheren Artikel. Unter den 10 Geboten, die Dr. Reichert aufstellte, befanden sich folgende, die sich mit der Sozialpolitik beschäftigen: „Aufhebung des Schlichtungswanges in der Lohn- und Gehaltsregelung und Wiederherstellung der Selbstverantwortung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Lohn- und Gehaltsverhandlung, Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung und Senkung der sozialen Abgaben, Sicherung der Koalitionsfreiheit, ebensowohl für die Unternehmer wie für die Arbeiter.“

Die Forderungen des Langnamstages und diejenigen der Eisenindustrie gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Die Männer der Röhre und des Eisens verlangen nicht mehr und nicht weniger als Beteiligung der Tarifverträge, der Arbeitszeitabkommen und die Kalkulation der Gewerkschaften. Wenn was soll man weiter denken, denn vom Bergmannstag „freie Arbeiter“ gefordert werden, die vollständig losgelöst von jeder Bindung arbeiten sollen? Dies verlangen ausgerechnet jene Leute, die Dutzenden von Organisationen angehören, deren Industrien faktisch nach verschiedenen Richtungen gebunden und überhaupt organisatorisch verflochten sind, wie es ein zweites Mal in derartiger Form in der ganzen Welt nicht anzutreffen ist. Wir haben noch nie davon gehört, daß diese Herren freie, d. h. unorganisierte Unternehmer gefordert hätten, die ihre Produkte selbst verkaufen können und aus sonst von der Notwendigkeit scharfer Organisationsbestimmungen befreit sind. Eine Inkonsistenz mithin, die kaum zu übersehen ist.

Der Langnam-Verein hatte seine Tagung in Düsseldorf. Die Tagung am 19. Juni war wie immer sehr zahlreich besucht. Die führenden Industriellen und Leiter der großen Konzerne Westdeutschlands waren geschloffen angetreten. Die Spitzenamtlichen Behörden, zahlreiche Vertreter der rheinisch-westfälischen Universitäten und Hochschulen, der Banken, des Handels und des Verkehrs kamen in hellen Scharen. Mehr als 800 Personen füllten die Tonhalle. Auf der Rednerliste standen als Hauptreferenten zwei Demokraten, der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff und der süddeutsche Industrielle Dr. Wieland. Damit sollte wahrscheinlich der Schein erweckt werden, als hätte diese Tagung unter einem besonders günstigen Stern.

Der Vorsitzende des Langnam-Vereins, Generaldirektor Dr. Paul Reusch, nahm, wie immer, einleitend das Wort, um dem Ganzen das Gepräge zu geben. Reusch sprach von der Unrentabilität der deutschen Industrie; er wies darauf hin, daß die Wirtschaft keine Wohlstandserwartung sei, ritt das Sockenfaherl von den sozialen Lasten, glaubte die bedauerliche Tatsache feststellen zu müssen, daß mehr Roggenbrot als Weizenbrot gegessen würde und jammerte über den stark ansteigenden Zigarettenverbrauch. „Nur Männer, welche sich nicht von Wahrscheinlichkeiten und Massenansichten beeinflussen lassen, werden in der Lage sein, die Verhältnisse zu meistern.“ Von dem neuen Reichstag erwartet Herr Dr. Reusch, daß er „die Wirtschaft“ mit weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen versehen möge. Die bürgerlichen Parteien bekommen einen Riß, weil sie sich „in der Vertretung marxistischer Anschauungen gegenseitig überbieten und es ihnen leider an dem nötigen Mut gefehlt hat, für ihre Weltanschauung zu kämpfen.“ Dann kommt der Knalleffekt der ganzen Rede:

„Das Unternehmertum befindet sich seit Kriegsende bei der Vertretung seiner Belange fast immer in der Defensive; es wird zu prüfen sein, ob es durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht gezwungen wird, die bisherige Haltung zu ändern. Auch der Gedanke wird erzwungen werden müssen, ob an den bisherigen Organisationsformen festgehalten werden kann. Wir werden ohnedies zu sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben.“

Am Schluß seiner Rede gab Reusch der Hoffnung Ausdruck, daß sich im Deutschen Reich „eine neue Wirtschaftsethik durchsetzen möge, deren Träger die Unternehmer und die Arbeiter

in gleicher Weise sind und die mit die Voraussetzung für einen guten wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes sein wird“.

Dunkel ist der Rede Sinn, möchte man ausrufen, wenn man eine solche Rede im offiziellen Auszug liest. Worin soll der Stellungswechsel nun eigentlich bestehen? Den Schleier lüftet die Frankfurter Zeitung, die in ihrer Nr. 465 von der Tagung rühmend folgendes schreibt:

„Für die Einstellung der Wirtschafts- und noch mehr der sozialpolitischen Kampfkraft des Unternehmertums sind in westdeutschen Wirtschaftskreisen in letzter Zeit zwei Wege erörtert worden: der eine soll Auflösung der Arbeitgeberverbände und Rückkehr zur betrieblichen Regelung der Arbeitsbedingungen bringen, wie es vor dem Kriege meist üblich war. Der andere Weg wäre stärkere Zentralisierung der Arbeitgeberorganisationen, Schaffung verstärkter Querverbindungen und einer zentralen Kampforganisation der deutschen Unternehmerschaft, wie sie die mehr verbandsrechtliche Arbeitsgemeinschaft in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht darstellt. Der letztere Weg schließt den ersten nicht aus; man erhofft von einer zeitweiligen Suspendierung der Arbeitgeberverbände und von den zu erwartenden Schwierigkeiten des einzelnen Unternehmers mit Belegschaft und Gewerkschaft eine Verbindung der heute im mittleren und kleineren Unternehmertum nach Ansicht bestimmter Kreise vorhandenen Lausheit in sozialpolitischer Hinsicht.“

Demnach erwägt man nicht mehr und nicht weniger als eine Auflösung bzw. Suspendierung der Arbeitgeberverbände und die Rückkehr zur betrieblichen Regelung der Arbeitsbedingungen, womit nichts anderes gesagt sein soll, als daß die Tarifgemeinschaften, wie sie heute bestehen, verschwinden sollen. Denn wenn kein Kollektivparier an der Gegenseite mehr vorhanden ist, dann können die Gewerkschaften auch keine Tarifverträge mehr abschließen. Die in Aussicht stehende zentrale Kampforganisation ist ja bereits vorhanden. Man braucht die im vorigen Herbst gegründete Gefahrengemeinschaft nur auszubauen und den vorhandenen Kampffonds flüssig zu machen. Die in der sogenannten Gefahrengemeinschaft zusammengeschlossenen Unternehmer Westdeutschlands haben im vorigen Jahre Monate hindurch 5 Mark pro Arbeiter und Monat zu einem Kampffonds gesammelt, der infolge der Belegung des Eisenkontos durch den Reichsarbeitsminister nicht angegriffen zu werden brauchte, vorläufig also noch ungenutzt vorhanden ist. Die Beitragszahlung ist vorläufig eingestellt, soll aber gegebenenfalls wieder in Kraft treten.

Die Gewerkschaften wissen nun, woran sie sind. Sicher wird nicht alles so heiß gegessen wie es gekocht wird, aber die immerwährenden Drohungen, die von Westdeutschland herüberbringen, deuten doch darauf hin, daß wir vor einer Periode stärkerer Aktivität der Arbeitgeberseite der Schwerindustrie stehen. Was es mit der neuen „Wirtschaftsethik“ auf sich hat, kann sich jeder denken. Gemeint ist damit offenbar eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie sie zwischen den gelben Gewerkschaften und dem Unternehmertum besteht. Daß wir uns für eine solche Harmonie bestens bedanken, braucht nicht näher begründet zu werden. Die Gewerkschaften haben aus berufenem Munde zur Kenntnis genommen, daß die Unternehmer der Schwerindustrie eine stärkere Frontstellung in sozialpolitischer Hinsicht für notwendig halten. Sie werden sich darauf einstellen.

Mitgliederbefragung der Zimmerer

Uns wird geschrieben: Dienstag, den 3. Juli, beschäftigte sich eine Mitgliederbefragung mit dem Revisionsbericht, über die Kassenübergabe und Behandlung der Belegschaft der Funktionärsbefragung. Die Kameraden Oshay als Kassierer, Behold als Revisor und Lau als Kassierer gaben einen sehr eingehenden Bericht über die Kassenführung Kronberg. Die Befragung war sehr unruhig. Schon bei der Eröffnung wurde ein Vorstoß gegen die Geschäftsleitung unternommen. Die Berichterstatter, die sehr sachlich waren, wurden mit unqualifizierbaren Zwischenrufen überhäuft. Von kommunikativer Seite wurde eine Resolution eingebracht, die auf einer früheren Bauhütte angenommen worden sei, in der verlangt wird, daß Kronberg zur Disposition gestellt wird. Als ein Diskussionsredner zur Resolution in absehendem Sinne sprach und dabei auf die Schreibweise der SZ zu sprechen kam, wurde er tätlich angegriffen und vom Rednerpult gestoßen. In dem hierauf folgenden Tumult mußte der Vorsitzende die Befragung abbrechen.

Kameraden, in dieser Befragung zeigte es sich, daß ein Teil der Mitglieder nicht gewillt ist, sich Klarheit über die Angelegenheiten zu verschaffen.

Das Stichwort zu diesem Spektakel gab die SZ, indem sie die Mitglieder aufforderte, sie sollten sich die Geschäftsführung der Befragung durch den Kameraden Fröhlich nicht wieder gefallen lassen. Die Befragungsführung mußte die Befragung auflösen, weil sie nicht dulden kann, daß die Meinungsfreiheit in einer beratenden Weise unterdrückt wird. Ein kleines Beispiel haben die Kameraden in dieser Befragung davon bekommen, wie es wird, wenn die Brüder von „links“ die Geschäfte zu führen haben. Mit der Meinungsfreiheit in unseren Befragungen ist es dann vor-

bei; wer nicht in das Horn dieser Leute tutet, wird mundtot gemacht. Kameraden, der Vorstand wird zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und eine neue Versammlung ansetzen.

Achtung, Bauarbeiter!

Das Vorgesicht von Dubiel u. Peters in Markleeberg ist für die organisierten Bauarbeiter gesperrt, da die Firma ihrer Belegschaft noch rechtliche Schritte schadet. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauarbeiterverein Leipzig.

Das verlorene Paradies

SPD. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind mit der gegenwärtigen Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft höchst unzufrieden. Vorläufigermaßen unterliegen sie es jedoch bisher, ihre Wünsche klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Jetzt hat Herr Staudinger, Güstrow, Generaldirektor der von Kamelischen Saatgutwirtschaft und Kartoffelzuchtstationen (in Nr. 3 der Zeitschrift Die Deutsche Zuckerindustrie, Jahrgang 1928), die Lage aus dem Saal gelassen. Herr Staudinger beschäftigt sich in der erwähnten Zeitschrift mit den Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Arbeitskräften für den Haferfruchtbau zu überwinden sind. Dabei fährt er wörtlich folgendes aus:

„Vor 40 bis 50 Jahren war das anders: da gab es prachtvolle deutsche Arbeitskräfte für den Haferfruchtbau, denn alljährlich kamen auf die einzelnen Güter fast immer dieselben sogenannten Landsberger Schnitter. Alles Leute von kleinen Siedlungen, meist ganze Familien, die bis auf ein oder zwei Angehörige, die die Wirtschaft daheim weiterführten, auf den Schnitt gingen. Friedliche, fleißige Leute, die beim Rübenhacken morgens früh um 3 Uhr hinausgingen und bei zwei Stunden Mittag, spät abends im Dunkeln singend von ihrer Arbeit heimkehrten.“

Ja, ja: 16 Stunden Arbeit, also doppelter Achtstundentag! Das war noch eine schöne Zeit. Das war noch die gute alte Zeit — für die Großgrundbesitzer, aber nicht für die Landarbeiter. Das Paradies der Ausbeuteten liegt in der Vergangenheit, das der Ausbeuteten in der Zukunft.

Verbandsrat des Bekleidungsarbeiter-Verbandes

SPD. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hält zur Zeit in Steintin seinen 17. ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandsvorsitzende Pleckl ehrte in seiner Begrüßungsansprache vor allem die Veteranen des Verbandes. Der Ehrenvorsitzende, Spärl, Jena, der bereits den Gründungsverbandstag vor 40 Jahren in Weimar geleitet hat, dankte im Namen der Verbandspioniere.

Das Krisenjahr 1928 machte, wie Pleckl in seinem Geschäftsbericht mitteilte, schwere Arbeitstämpfe notwendig, die jedoch mit Erfolg beendet wurden. Die Lohn- und Tarifpolitik der Zentralleitung hat sich bewährt. Das Bsp. Wort vom „tariflich funktionierten Elend“, mit dem ein Funktionär der Hamburger Ortsverwaltung die Tarifpolitik der Zentralleitung kritisierte, wurde von Pleckl scharf zurückgewiesen. In einem kurzen Exkurs in die technische Entwicklung des Bekleidungsgebietes wies Pleckl darauf hin, daß die Maschinenerei immer ärger von der Konfektion bedrängt werde. Die technisch hoch entwickelten Betriebe der Konfektion würden eine Umwälzung der Maschinenerei erzwingen. Die Mitgliederbewegung zeigt nach den Mitteilungen Pleckls gute Fortschritte: Ende 1927: 74 076 Mitglieder (35 782 männliche, 38 294 weibliche Mitglieder und 3047 Lehrlinge). Der Rückgang in den Krisenjahren ist durch rund 8000 Neuaufnahmen im Jahre 1927 zum Teil wieder wettgemacht worden. Auch im 1. Quartal 1928 konnte der Verband rund 3 500 Neuaufnahmen verzeichnen. Aus dem Kassenbericht, den Heimann-Berlin erstattete, geht hervor, daß die Finanzen sich 1927 wieder etwas gebessert haben. Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf rund 2 1/2 Millionen Mark. Die Entwicklung ist nicht schlecht, aber noch nicht befriedigend.

Der Arbeitszeiskonflikt in der sächsischen Textilindustrie

Chemnitz, 3. Juli. (WZB.) Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband für die sächsische Textilindustrie beschlossen, den vom Landesgeschäftlicher in der vergangenen Woche gefällten Schiedsspruch für die Arbeitszeit in der sächsischen Textilindustrie (Mehrarbeitszeitabkommen) anzunehmen, und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Spruch ist von den Arbeitnehmern bereits abgelehnt worden.

Die Nacht nach dem Verrat

53] Roman von Liam O'Flaherty.
Berechtigter Uebersetzung aus dem Englischen von H. Haußer.
Copyright by Th. Knauer Nachf., Berlin W 30.

Mary umfaßte sein rechtes Knie mit beiden Armen und rief: „Dan, Dan, quäl dich nicht. Quäl dich nicht, Dan.“ Sie fing an, sein Knie zu reiben. „Das ist nichts. Mein Vater hat das oft. Das sind die Kerzen. Eine Krankenschwester aus dem Mater-Hospital hat mir das erklärt. Du kannst damit hundert Jahre alt werden. Sie sagt, es kommt von Textilen. Aber... Dan, warum sprichst du plötzlich über alles so hart und gnäsig? Kannst du nicht alles aufgeben und zur Ruhe kommen? Du sagtest, du...“

Gallagher sprang auf und sah sie grimmig an, als ob sie ein halbes Dutzend Verbrennen vorgezogen hätte. „Zur Ruhe kommen? Aufgeben? Was meinst du? Weiber, Weiber, Weiber! Du bescheißt nicht, daß das mein Leben ist. Es ist mein Leben, sage ich. Du könntest ebenjagat sagen, ich sollte aufhören zu atmen und... schließlich...“ Er schien an etwas überraschend Unwartetes zu denken; denn er starrte sie mit offenem Munde an. Er fuhr fort, fast schüchtern, mit kaum hörbarer Stimme, als ob er zu sich selbst spräche. „Schließlich warst du nicht in der Art beeindruckt, wie ich es erwartet hatte. Du würdest nie verstehen. Du würdest dich nie mit mir vereinen in der Art, wie... hm! Ich sehe.“

Erregt in ihre Finger beißend, flüsterte sie: „Was habe ich denn gesagt, Dan?“

Sie war entsetzt, daß sie ihn verloren haben könnte; ja, merkwürdigerweise hatte sie Angst, seine Liebe zu verlieren, als ob sie ihn lange Zeit als liebenden Gatten fest besessen hätte... daß sie ihn durch eine törichte Redensart verloren haben könnte.

Unbewegt murmelte er: „Nichts.“

Er kreuzte die Arme auf der Brust und fing wieder an, auf- und abzugehen. Es dauerte lange Zeit, bis er wieder sprach. Sie versuchte, während über ihn zu werden, aber es gelang ihr nicht. Sie fing an, sich zu bemitleiden.

Blötzlich sagte er flüsternd: „So zu warten, das ist hart. Ich mache mir nichts daraus, zu sterben. Daraus mache ich mir nichts. Aber zu warten, ohne die Möglichkeit zu wissen, was geschehen wird! Da spricht man von der Tapferkeit jener Kerle, die einen Kriegsorden bekommen. Was sind sie anders als dumme Kohlhöpfe? Sie haben die Tapferkeit von blöden Ochsen. Ein Mann

muß intelligent sein, um tapfer zu sein. Nur der intelligente Mann kann sich die Gefahr vorstellen. Wenn er tapfer ist, sucht er nie die Gefahr, aber er sucht gefährliche Arten, zu leben. Steht du den Unterchied? Nun, es ist sowieso gleichgültig. Ich habe das alles vor langer Zeit ausgearbeitet, daher brauche ich nicht viel darüber zu reden! Aber dies ist der Punkt, den ich jetzt erklären muß. Es gibt keine Gefahr im offenen Kampf. Da gibt's nur Tod, und Tod ist nicht Gefahr. Das haben die Russen bewiesen. Nicht fürzlich, sondern zur Zeit von Wien. Das heißt natürlich, sie haben es in bezug auf ihre eigenen Bedürfnisse bewiesen. Aber meinen eigenen Überlegungen und Entdeckungen zufolge bringt uns der Tod in das große Bewußtsein des ewigen Universums zurück. Daher ist der Tod, richtig gesagt, gar kein Tod. Es ist ein zweites Stadium der Geburt. Nein, das ist ganz falsch. Ich sehe schon, wofür mich das führen würde. Es gibt weder Geburt noch Tod. Aber... Das alles zählt nicht mehr. Wir müssen uns an eine geringere Frage machen. Das ist jetzt besser. Jetzt sehen wir, daß der Tod keine Gefahr ist. Aber Niederlage ist Gefahr. Dem Feind unterliegen. Nicht den Freunden unterliegen. Aber es gibt natürlich keine Freunde. Freund ist ein bürgerliches Wort. Es hat keine Bedeutung mehr. Also heißt unterliegen im eigentlichen Sinne: den Feinden unterliegen. Das ist ein Synonym. Nun, ich sehe der Niederlage ins Auge. Daher...“ Blötzlich wirkte er mit der rechten Hand über seinem Kopf im Kreise umher, zeigte dann finstern nach links auf die Wand und rief grimmig: „So zu warten, das ist hart. Ich bin oft mit 'nem Revolver unterwegs gewesen. Man hat oft auf mich geschossen. Ich habe zwei Löcher im Zell. Das hat nichts zu sagen. Man weiß nicht, was geschieht; denn man wird wie ein Tier. Aber warten ist etwas anderes. Ein Gehirn, ein Geist, ein großes Auge, das das Unbekannte prüft. Aber...“ Blötzlich hörte er auf und schaute hörbar in der Recke.

„Jesus, Maria und Joseph, beschütze ihn!“ Mary fing häßlich an, vor sich hin zu murmeln. Sie schloß ihre Augen und versuchte an den Himmel zu denken. Ihr Geist war plötzlich bar aller Kenntnisse und Gefühle. Sie fühlte eine durchdringende Kälte in jeder Pore ihres Fleisches. Während ihre Lippen wieder und wieder die Worte des Gebetes murmelten, ging ihr ein lächerlicher Rundgesang mit lächerlichem Klang durch den Kopf von: „Piping Tim of Galway.“

Er setzte sich neben sie auf die Bank, beugte sich zu ihr und fühlte sie ganz kalt auf die Stirn. Dann schaute er und stand wieder auf. Er mußte sich rühren. Er mußte sprechen. Sein Hirn konnte nicht aufhören, in großer Geschwindigkeit zu denken, und die einzige

Möglichkeit, diesen Drang zu erleichtern, war, laut zu reden. Durch das Bilden und Aussprechen der Worte wurde ein Teil seiner Denkkraft abgelenkt und verbräutet. Schneller und schneller, wilder und wilder mußte er sprechen, um mit der richtigen Geschwindigkeit seines erregten Gehirns Schritt zu halten.

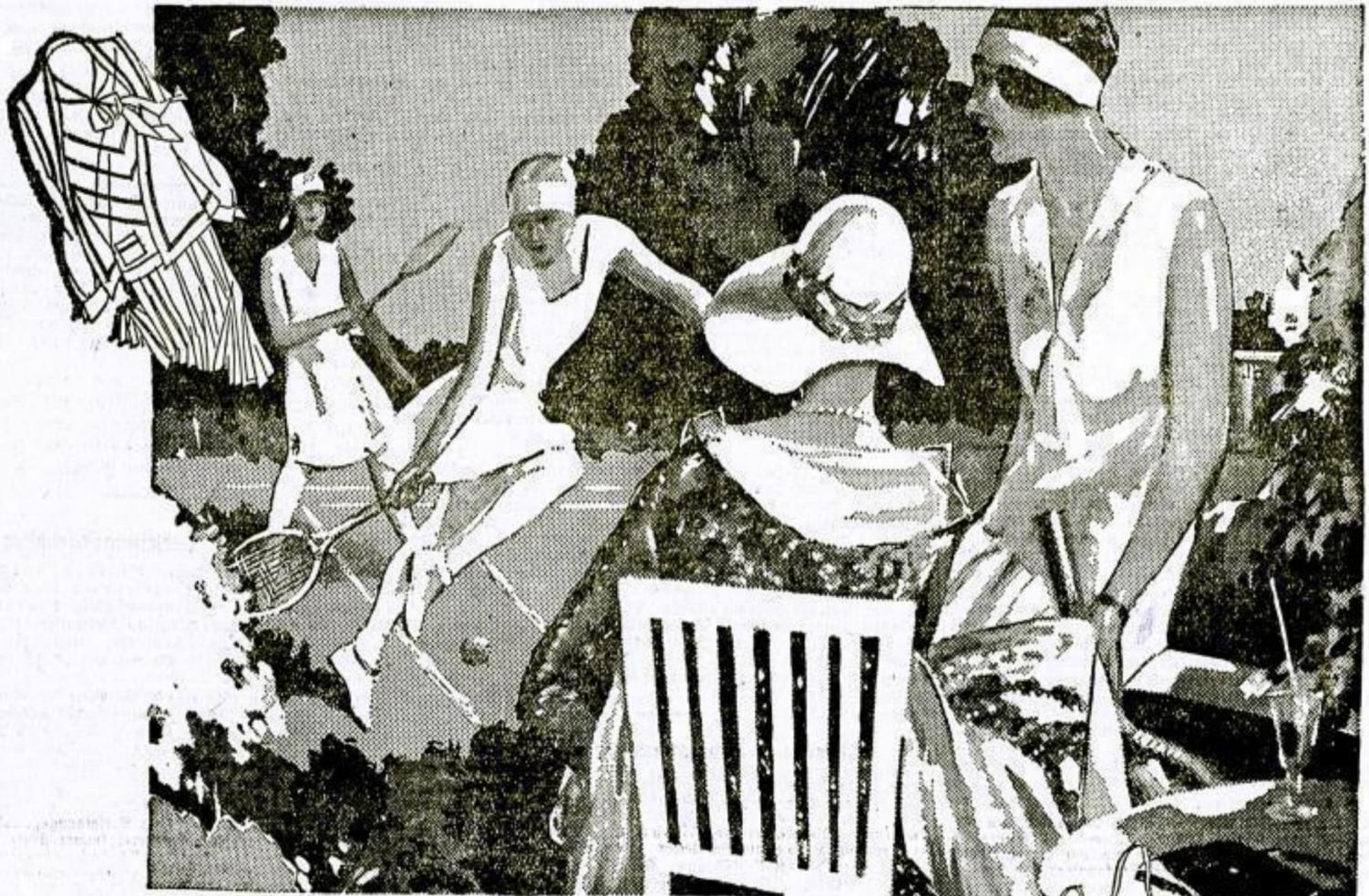
Mit einer Art Gekrächel in der Kehle, das wie ein Laichen Klang, flüsterte er: „Wo ist er jetzt? Wo ist er jetzt? Warum können wir nicht mit dem Geist in weite Entfernungen sehen? Wie schrecklich dumme bin ich am Ende trotz meiner Philosophie. Vielleicht ist er in diesem Augenblick auf der Polkugel und ein großer, fetter Sergeant notiert gerade seine Angaben.“ Er schauderte und biß sich auf die Lippen. „Herr Gott, Mary! Wenn du nur wüßtest, was für Angaben er machen kann. Ha, ha! Er und Francis sind die beiden einzigen Männer in der Organisation, die irgend etwas Wichtiges auszusagen könnten. Und Francis ist tot.“

Er machte eine Pause. Mary presste die Zähne aufeinander, vertrieb den lährenden Rundgesang und begann ein neues Gebet. Sie betete zu Unserer lieben Frau, der ewigen Hilfe.

„Siehst du, Gypso war so mühsam. Es gab Sachen, die niemand außer ihm machen konnte. Nicht so sehr wegen seiner ungeheuren Kraft, als wegen seiner ganz besonderen geistigen Eigenschaften. Es ist leicht, einen ebenso starken Mann zu bekommen, aber ein Gehirn wie seines ist schwer zu finden. Ich bezweifle, daß es noch so eines gibt. Er war unbeschreiblich. Verdammte soll er sein. Er ist ein übermenschliches Ungeheuer. Warum habe ich vorhin gesagt: war? Er ist. Er ist. Das ist das Schlimmste daran. Ich wünschte, er... Die Regierung würde eine Million Pfund für seine Angaben zahlen. Herr Gott! Ich hätte nie gedacht, daß Gypso zum Verräter werden würde. Es muß ein Irrtum gewesen sein. Ich kann mich in ihm nicht täuschen. Jemandem Irrtum. Bestimmt. Er ist nicht von der Sorte. Bestimmt. Ich schaudere, daß er es nicht ist. Wie könnte er es sein? Er wird von mir beeinflusst wie die Nadel vom Magneten. Also wie hat er verraten können? Auch noch seinen eigenen Freund! Das ist das Wertwürdigste daran. Ich habe ihn acht Jahre lang studiert, und er hat nie Merkmale einer eigenen Initiative gezeigt. Nicht ein einziges Mal. Ich hätte ihn nicht sechs Monate lang fallen lassen sollen. Aber ich mußte natürlich den Respekt vor den Bestimmungen der Organisation aufrechterhalten. Herr Gott!“ rief er, pathetisch nach der Decke blickend, und rang fast in Verzweiflung die Hände. „Ich bin allein und niemand kann mir helfen. Mary, niemand ist da, der mir raten kann. Warum hat mich niemand davor gewarnt, Gypso auszustufen? Wie?“

(Fortf. folgt.)

Frauen, die gern Sport treiben, aber auch wissen, wie teuer er ist, raten Ihnen:

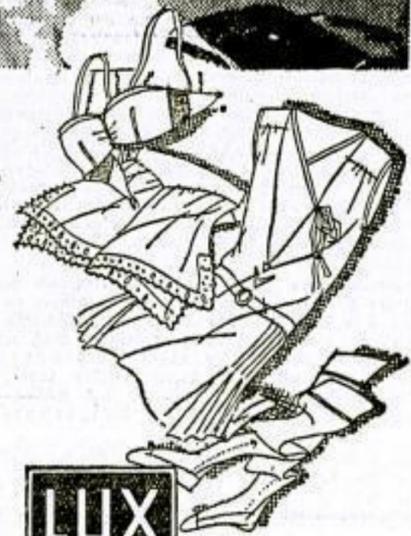


„Nehmen Sie Lux Seifenflocken zur Pflege Ihrer Sportkleider, dann bleiben sie länger frisch und schmiegsam.“

„Hinaus ins Freie!“ — ruft der Sommer wieder. Wie gern folgt jede Frau diesem Ruf, aber — die neue Saison erfordert neue Kleidung. Helle Sommersachen müssen gekauft werden, ein neues Sportkostüm, dünne Seidenstrümpfe, bunte Schals und schmiegsame Wollsachen, die so schwer zu waschen sind: der Sommer kostet viel! Aber kluge Frauen haben an rechter Stelle zu sparen gelernt, um sich diese Ausgaben leichter zu machen. Sie waschen ihre zarte Unterwäsche und feinen Kleider mit Lux Seifenflocken und schützen sie damit vor der Beschädigung durch scharfe

Waschmittel. So halten auch die empfindlichsten Sachen sehr viel länger; nach jedem Waschen sind sie reizvoll, farbenfrisch und wieder wie neu.

Millionen Frauen haben erkannt, dass man auf diese Art auch bei bescheidenen Mitteln stets gut gekleidet sein kann. Eine Frau wird immer entzückend aussehen, solange sie allem, was sie trägt, den Reiz der Frische und strahlenden Reinheit zu erhalten versteht. Gerade zur Pflege der wunderbaren Sommerstoffe sind Lux Seifenflocken wie geschaffen; sie erhalten und erneuern sie.



NORMALPAKET
50 Pfg.
DOPPELPAKUNG
90 Pfg.

KOSTENLOS!

Machen Sie einen Versuch auf unsere Kosten! Ein Probepaket Lux Seifenflocken für jeden Haushalt! Füllen Sie diesen Gutschein aus und senden Sie ihn uns sofort als Drucksache (Porto 5 Pfg.) Sie erhalten völlig umsonst eine Probepackung Lux Seifenflocken und können damit ein paar zarte Sommerkleider oder dergl. waschen, um die grossen Vorzüge von Lux Seifenflocken selbst zu erkennen.



Lx 224/270

LUX

SEIFENFLOCKEN

NEU UND WERTVOLL!

Die drei anschaulichen Haushalte-Lehrkurse des neuen Sunlicht-Instituts Mannheim — je 12 Hefte — können alle Verbräucher von Suna, Sunlicht Seife, Lux Seifenflocken und Vim kostenlos beziehen. Verlangen Sie Prospekt.

„SUNLICHT“ MANNHEIM

An die Sunlicht Ges. A.G. Mannheim
Senden Sie mir kostenlos ein Probepaket Lux Seifenflocken. U61

Name _____

Ort _____

Strasse u. Nr. _____

Die Tragödie des Sports

Eine Zukunftsvision von Heinrich Wiegand.

Im kleinen Sitzungszimmer des Internationalen Sportpalastes...

Als der Generalpräsident den Raum betrat, wurde es augenblicks still.

Meine Herren, ich muß Ihnen von der Todesgefahr für unseren geliebten Sport reden.

Im Anfang des 20. Jahrhunderts begannen Umkreis und Macht des Sportes vehement zu wachsen.

Wir haben seinerzeit die Zeitmessung von der Zehntelsekunde bis zur Hundertstelsekunde erweitert...

Der Mensch wurde so gesprungen und getrannt, gestoßen und geradelt. Aber immer näher rückte auch der Tag, den die Zyniker schon vor hundert Jahren prophezeit haben...

Meine sehr verehrten Kameraden, der schwerwiegende Entschluß, die Erotik zu öffentlichen Wettkämpfen zuzulassen...

Aber wenngleich das erotische Angebot uns schmählich enttäuschte, es brachte doch entscheidende Klarheit über die Situation.

Wenn selbst das Liebesleben den Sport nicht retten kann, dann bleibt nur eines: umkehren, dem Sport eine neue Richtung geben.

Erfahren Sie nicht allzu sehr, meine Herren. Auch hier sind Götter. Auch hier winkt eine Menge Arbeit, Statistik, Spezialistentum, Willensstärke.

Damit brandete der Präsident seine Rede. Anfangs hatten die Köpfe trübe gehalten, inmitten waren sie viel geklärter worden.

Ein Amtsvorsteher wird gewählt

Eine Geschichte aus Polnisch-Weichrußland.

Von P. W. S. (Grodno).

Durch den Friedensvertrag von Riga (1920) ist Weichrußland in zwei Teile zerschnitten worden: die Weißrussische Sowjetrepublik und Polnisch-Weichrußland.

Eine Woche vor der Gemeindeversammlung, zu der die Vertreter der Ortsgemeinden sich einfinden sollten, versammelte der Amtsvorsteher Dyjacz die Dorfschulzen und seine getreuen Trabanten.

„Die Namen notieren!“ wandte sich der Amtsvorsteher zum Schreiber. — „Zawojski!“ räumte sich dieser und blinzelte dem Amtsvorsteher zu.

Der Schankwirt Samuel konnte mit der Zehne zufrieden sein, denn die versammelten Dorfschulzen ließen den freigebigen Amtsvorsteher bis in die Nacht hinein hochleben...

Am 17. versammelten sich die Wahlmänner aus den Dörfern vor dem Amtsgebäude. — „Habt ihr schon gehört, den Wjarschila haben sie eingekerkert!“

nieder. Etwas abseits nahm Dyjacz Platz. Fünf Minuten lang flüsterte die hohe Obrigkeit mit dem Gemeindevorsteher.

„Ruhe! Die Versammlung ist eröffnet!“ schrie der Gemeindevorsteher, „der Herr Kreisbesitz will euch einige Worte sagen!“

„Hoch!“ schrien Dyjacz's Freunde. Der Kreisbesitz drückte ihm die Bauern auseinander: „Man hätte sich über den Kandidaten einigen sollen!“

(Aus dem Weißrussischen übertragen von G. W.)

Kleine Chronik

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund. Unsere Mandolinisten hatten den ursprünglichen Gedanken, ihrer musikalischen Morgenfeier einen theoretischen Teil voranzutreiben...

Edgar Wolfgandts 25jährige Konzertmeisterfähigkeit an der Städtischen Oper und im Gewandhaus. Mit diesem vorzüglichen Künstler und liebenswürdigen Menschen steht die Leipziger Arbeiterkammer in enger Verbindung.

Variété Drei Linden. Hier spielt man noch nichts von der sommerlichen Gepflogenheit vieler Vergnügungsorte, die sich mit dünnen Programmen begnügen.



Margeriten

Um die Johanniszeit öffnen sich ihre Knospen, und den ganzen Juli hindurch scheinen sie in reinem, glänzendem Weiß, die wilden Margeriten am Feldrand und in den Wiesen...

Da stehen die weißen Strahlen rund um den gelblichen Knopf in der Mitte. Zerkleinert und still leuchtet ihre Farbe in unendlicher Reiztheit und Schönheit. Ein Kleid hat die Natur diesen Kindern des Sommers gegeben...

Der gelbe Punkt inmitten der Blüte aber trägt noch viel, viel Leben in sich. Hunderte von kleinen Röhrenblüten enthält er, alle vereinigt zu einem Blütenstaate. Wer Freude am Kleinen und Kleinsten hat, kann hier die wunderbare Organisation der Röhrenblüte erleben...

Schon ist selbst der wenig beachtete Reih, der den Blütenstaub umschließt. Wie Regen hier in Reihen die vielen Reihblätter, ein jedes grün mit braunem Rande. Schlang strebt der Stengel empor, an seinem Ende die Blüte tragend...

Zwischen dem grünen Gras steht festliche Schmutz, der Margeriten. Eine einzige Pflanze bringt oft viele Blüten hervor, und alle schauen hell und rein. Und ob auch der Begräbt in allen Farben leuchtet, und ob auch im Garten nun Iris, Rosen und Nelken den Blick auf sich lenken...

Verwandtschaftsbeziehungen

der Hauptmieter und Untermieter in Leipzig

Bei allen Erörterungen über die Wohnungsnot als eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart spielt eine Hauptrolle die Prüfung des Umstandes, ob und wie die in derselben Wohnung zusammenlebenden Hauptmieter und Untermieter miteinander verwandt sind...

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 zählt Leipzig 26 573 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung...

In Verhältniszahl ausgedrückt wohnen in Leipzig von jedem Hundert der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung überhaupt bei Verwandten 54,9. Vergleichen wir nun Leipzig mit den anderen 35 Großstädten des Deutschen Reiches...

Wie viele von jedem Hundert der bei Verwandten überhaupt in die Wohnung aufgenommenen Untermieterfamilien leben nun speziell bei den Eltern? In Leipzig treffen wir 85,5 von jedem Hundert der bei Verwandten als den Hauptmietern wohnenden Untermieter bei den Eltern lebend an...

Untersuchungsausschuß von Rats Gnaden

Nach der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen können die Gemeindevorordneten zur Untersuchung einzelner Geschäfte der Gemeinde Untersuchungsausschüsse von 3 bis 5 Mitgliedern des Gemeindeparsaments bestellen, denen auf Verlangen die Akten und sonstige Schriften des Gemeinderates zur Einsichtnahme vorzulegen sind...

durch den Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Mißstände im Pathologischen Institut ist, daß ein Disziplinarverfahren gegen Dr. Reinhardt läuft. Der Rat vertritt die Auffassung, daß der Untersuchungsausschuß erst in Tätigkeit treten und mit Ratszustimmung Zeugen hören könne...

Wie berechtigt das Mißtrauen der Stadtverordneten gegen das vom Rats durchgeführte Disziplinarverfahren gegen Dr. Reinhardt war, als sie den Untersuchungsausschuß wählten, hat sich bestätigt durch die Untersuchungsmethode, die der vom Rat beauftragte Stadtrechtsrat Dr. Kaiser bei der Durchführung des Disziplinarverfahrens und bei der Zeugenvernehmung angewandt hat...

Die Stadtverordneten werden der in der Rückäußerung des Rates vertretenen Auffassung nicht beurteilen können, zumal es sich um eine prinzipielle Entscheidung für die Stadtverordneten handelt, die ein wichtiges parlamentarisches Recht der Gemeindevorvertretung betrifft. Wenn der Leipziger Rat das wahrhaben wollte...

Kommunale Wohlfahrtspolitik

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei bei ihrer kommunalpolitischen Betätigung besonderes Augenmerk auf die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtsfrage legt. Heute ist die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge in anderer, in besserer Weise geregelt als im alten Dringkeitsstaate. Damals gab es keine öffentliche Wohlfahrtsfürsorge, sondern nur eine Armenunterstützung...

Das fächliche Wohlfahrtsfürsorgegesetz vom 28. März 1925 zählt in seiner Paragrafen 2 die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtsfürsorge auf. Als Pflichtaufgaben werden dort genannt:

- 1. Allgemeine Fürsorge.
2. Förderung der Jugendwohlfahrt.
3. Gefährdetenfürsorge.
4. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
5. Wohnungspflege.
6. Bekämpfung der Tuberkulose.
7. Bekämpfung des Alkoholismus und Trinkerfürsorge.
8. Kruppelfürsorge.
9. Fürsorge für Blinde, Taubstumme, Erlaubte und Sieche.
10. Fürsorge für Schwachmüßige, Idioten, Fallsichtige und Geistesranke.
11. Wandererfürsorge.
12. Straßensassenfürsorge.

Unter diesen Pflichtaufgaben befinden sich gewiß manche alte Bekannte aus der Vorkriegszeit. Aber nicht auf den Namen, sondern auf Art und Umfang der Hilfeleistung kommt es an. Auch heute ist der Erhaltungszwang nicht beseitigt. Wer in Notzeiten Unterstützung empfängt, soll sie in wirtschaftlich gestärkten Zeiten zurückerstattet. Aber hierbei ist besonders Gewicht darauf zu legen...

Hierzu sei vorweg bemerkt, daß in Leipzig die in der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge hilfsbedürftig werdenden Personen in fünf Gruppen eingeteilt sind:

Gruppe 1 dieser Ordnung umfaßt die Sozialrentner, das sind die Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten sowie die Empfänger von Angestelltenruhegeld, von Angestelltenwitwen- und Waisengeld, sowie von Unfallrenten und Kranfengeld.

Gruppe 2, Kleinrentner, umschließt alte oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Verurteilung ohne die eingetragene Geldbewertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren.

Gruppe 3, den Kleinrentnern Gleichgestellte, vereinigt alte oder durch körperliche oder geistige Gebrechen erwerbsunfähig gewordenen Personen, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind.

Gruppe 4, Erwerbslose, zählt solche Bedürftigen, die zwar erwerbsfähig sind, einen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung aber nicht haben, z. B. solche, die selbständig waren und keine Erwerbslosenbeiträge zahlten.

Gruppe 5, sonstige Bedürftige, umfaßt die übrigen Unterstützungsfähigen.

Das Fürsorgeamt Leipzig zahlte im Jahre 1927 an laufenden Unterhaltungen 7 800 000 Mark, an außerordentlichen und einmaligen Unterhaltungen 2 200 000 Mark, für Krankenpflege 500 000 Mark und für andere Fürsorgeweise 98 000 Mark. Der Gesamtbetrag der für alle diese Zwecke aufgewendeten Mittel beläuft sich also auf 10 598 000 Mark. Das sind nur wenige der großen Posten. Die Gesamtausgaben in den Haushaltsplänen 1927 und 1928 stellen sich wie folgt:

Table with 3 columns: Category, 1927, 1928. Rows include Allgemeine Ausgaben, Offene Pflege, Geschlossene Pflege, Versorgungshäuser, Schachtlisches Städt, Säuglingsheim, Altersheim, Waisenhäuser, Mutter- und Säuglingsheim, Erziehungs- und Pflegeanstalt, Mädchenheim, Obdachloshaus Iphoberg und Möckern, Wärderei. Total: 15 966 300 / 16 919 200.

Dazu kommen für die öffentliche Jugendhilfe 5 404 100 Mark, für die Gefährdetenfürsorge 300 000 Mark, für Kriegerversorgung 4 505 300 Mark, für die Arbeitsanstalt 327 300 Mark, für Wohnungspflege und Wohnungsfürsorge 325 800 Mark, für das Gesundheitswesen 580 300 Mark, für Unterhaltungsanstalten 210 300 Mark, für Krankenanstalten 10 362 700 Mark und an Beiträgen für gemeinnützige Zwecke 255 000 Mark. Danach beläuft sich der Gesamtbetrag für die Wohlfahrtsfürsorge der Stadt Leipzig auf 40 260 900 Mark.

In einem weiteren Artikel werden wir die Stellungnahme der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu diesem Wohlfahrtsrat darlegen.

Quittungen der städtischen Vollstreckungsbeamten

Wiederholt haben Schwindler versucht, sich Frauen als städtische Beamte vorzustellen, die den Auftrag haben, irgendwelche an die Stadt zu zahlenden Beträge einzusammeln. Der Rat sieht sich daher veranlaßt, auf folgendes hinzuwirken: Die städtischen Vollstreckungsbeamten haben die Quittungen über die an sie gezahlten Beträge nur in durchschreibender Quittungsform auszustellen. Die Urschrift erhält der Zahlende, die Durchschrift verbleibt in dem Quittungsdiak als Beleg für die Steuerbehörde. Die Urschriften tragen den Dienstpfehl und enthalten auf der Rückseite Anmerkungen in rotem Druck. Andere Quittungen der Vollstreckungsbeamten sind ungültig. Die Steuerzahler wollen bei allen Zahlungen an städtische Vollstreckungsbeamte darauf achten, daß diese ihnen die Ausweisarte vorlegen und die Quittung nicht auf den Steuerbescheid, die Mahnung oder eine andere Forderung, sondern nur auf einen Vordruck des Durchschreibediak schreiben.

Hierdurch erhalten die Steuerzahler die Gewißheit, daß sie tatsächlich an einen mit der Einhebung von Geldbeiträgen beauftragten Beamten des Stadtsteueramts gezahlt haben.

Wacht auf eure Kleider

Vom Kriminalamt wird der Presse mitgeteilt: Am 25. Juni, zwischen 15 und 19 Uhr, wurde im Lust- und Sonnenbad Leipziger Platz aus den abgelegten Sachen einer Badenden ein schwarz-lebernes Herrungsbüchlein, enthaltend Schlüssel und 6 Mark, gestohlen. Da sich in letzter Zeit die Diebstahlsfälle gemehrt haben, sieht sich das Kriminalamt veranlaßt, vor den Dieben dringend zu warnen. Die Wertgegenstände müssen in Aufbewahrung gegeben werden. Beim Baden dürfen die abgelegten Sachen nicht vollständig außer acht gelassen werden. Der auf der Lauer liegende Dieb beobachtet den Eigentümer der Sachen genau und benützt den günstigen Augenblick der Unaufmerksamkeit, um den Diebstahl auszuführen.

Wo ruft die Pflicht?

Schule.

Elternräte. Heute Mittwoch, 20 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses. Zur Tagesordnung stehen „Brennende Tagesfragen“. Vorher werden zwei Schulfilme gezeigt.

Elternratszentrale.

Frauen.

Schönefeld. Wir treffen uns zum Besuch der Laubstümmenankunft am Donnerstag, dem 5. Juli, pünktlich 15.30 Uhr, am Ostpark und schließen uns dem Plan an.

Thonberg-Neureuditz. Die Genossinnen welche mit nach Ostpark fahren, treffen sich 7.30 Uhr Hauptbahnhof, Osthalle. Zug geht 8.16 Uhr.

Thonberg-Neureuditz. Frauenabend Dienstag, den 17. Juli, 20 Uhr, im Himmelreich.

Jungsozialisten.

Moskau. Unser Abend fällt am Donnerstag aus. Wir treffen uns 19.30 Uhr am Museumseingang, Täubchenweg, zur Führung durch die Afrika-Ausstellung. Den Treffpunkt zur Fahrt machen wir am Donnerstag aus.

Die Südrunde veranstaltet am Donnerstag, dem 5. Juli, eine Führung durch die Afrika-Ausstellung des Völkertunlichen Museums. Treffen 19.30 Uhr Museumseingang, Täubchenweg. Führer Genosse Rudolf Herre. Alle interessierten Genossen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Weipzig. Freitag, den 6. Juli, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum links: Wichtige Sitzung der Gruppenvorsitzenden und Unterbezirksleitung. Wir haben eine Summe wichtiger Arbeiten zu erledigen. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Spieleleiterkursus. Jede Gruppe ist verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu entsenden. Abfahrt Sonnabend, den 7. Juli, 18.25 Uhr; Treffen 17.30 Uhr Hauptbahnhof (Ostseite). Uebernachtung erfolgt in Zelten. Jeder Teilnehmer muß eine Decke mitbringen. Das Fahrgeld muß bis Freitag im Sekretariat abgeliefert sein.

Mit-Weipzig. Heute Abend im Volkshaus, Kolonnade 2.

Gemeinschaft Kinderkennbe.

Alten I. Alle Offsehauer kommen nächsten Freitag bestimmt in die Schule um 10 Uhr zu einer Aussprache mit den Eltern. Geld muß bis dahin eingezahlt werden. — Am 15. Juli beteiligen wir uns an der Ortsvereinsveranstaltung; Ausflug nach den Röhrlacher Teichen. — Zu einer Fünftagesfahrt nach Großschönau vom 30. Juli bis 3. August muß die Anmeldung baldmöglichst erfolgen. Beitrag 4 Mark. — Am 22. Juli in Babelsberg nach Gauthaus.

Weltbeizler. Donnerstag, den 5. Juli, 20 Uhr: Bezirksleiterführung in der Bibliothek Merseburger Straße. Die Helfer von Plagwitz-Lindenau-Schleußig treffen sich 18.30 Uhr dortselbst.

Heim Mähdern. Alle Kinder, welche sich im Heim befinden, sind wohl auf und bester Laune. Sie werden am Sonnabend zurückgebracht und kommen an im Bahnhof Baunsdorf 14.57 Uhr.

Heimweiche Mähdern. Alle Lichtbildner werden gebeten, von allen Aufnahmen einen Abzug an Willy Stäger, C. 1, Töpferstr. 2, zu geben.

Mitglieder-Veranstaltungen

Freitag, den 7. Juli, abends 20 Uhr, in der Goldenen Krone Vortrag des Gen. Wildes: „Unsere Arbeit in der Organisation.“ — Das Sommerfest des Turnvereins ist am 15. Juli nicht 15. August

Die Rache der Luftschiffer

Der Leipziger Verein für Luftschiffahrt und Flugwesen zeigt sich gern tütig. Er wollte keine Tütigkeit sogar durch Uebernahme des Vorhies im gleichnamigen sächsischen Verband beweisen. Es gelang ihm auch, den Vorhies zu erwischen. Als das erreicht war, erklärte er dem Räte: nun Geld her! Der Vorhies macht Arbeit, die kostet jährlich 2400 Mark. Heraus damit! Der Rat parierte. Aber die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion lehnte ab. Der Luftschiffverein fand das unerhört, setzte aber dennoch seine Forderung auf die Hälfte herab. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion blieb trotzdem bei ihrer Ablehnung. Jetzt heulte die Luft von Luftverweigerung wider. Man schwur fürchterliche Rache. Der Leipziger Verein für Luftschiffahrt und Flugwesen legte demonstrativ den Vorhies wieder. Schließlich gerante es ihn wieder. Das so 1200 Mark einen kleinen Leipziger Luftschiffverein nicht alles für Schmerzen bereiten können.

Aber die Preisgabe des Vorhies war nicht der einzige „Rache“-akt. Der Verein hatte auch die Absicht, Weipzig das „Häufchen“ eines Röhrl- und Hünenfelddrummels zu bereiten. Er hatte diesfalls bereits mit dem Räte verhandelt. Der Rat schien aber für dieses Theater nicht restlos begeistert zu sein. Eine Meldung der Telefonistin will wissen, er sei sich nicht ganz sicher, ob er eines solchen rätischen Schauspielers wegen, in der Stadtverordnetenversammlung nicht beim Ohrklappen genommen werden könnte. Wir wissen nicht, was Wahres an dieser Behauptung ist. Da der Rat die Einladung nicht ergehen ließ, ist aus das auch gleichgültig. An Stelle des Rates lud nun der Luftschiffverein die beiden Weltwunder des 20. Jahrhunderts ein. Aber der Luftschiffverein ist wankelmütig wie Röhreggers Regenstirnbaum. Bei der Einladung hatte er nicht bedacht, daß er Rache schmecken muß. Rache für die Ablehnung der 1200 Mark. Als ihm diese Unbedachtsamkeit ins Bewußtsein gefaßt war, lud er die Röhrl- und Hünenfeld wieder aus. Du sollst nicht lachen! Die Sache ist ernst. Die Leipziger Bevölkerung soll einmal ernstlich zu spüren bekommen, was sie alles Böses der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken hat. Es hat sie Weipzig um den Vorhies im sächsischen Luftschiffverein, jetzt auch um den Räte einer Hünenfeld- und Röhrlverweigerung gebracht. In den Augen des Luftvereins ist das sicher das schwerste aller denkbaren Verbrechen. Wie süß muß da die Rache sein.

Die Leipziger Bevölkerung selbst wird allerdings auf den Rummel gern verzichten. Sie wird sogar den Luftschiffverein noch dank dafür wissen, daß er sich selbst in den Schwanz bei. Ein Schauspiel für Götter, hundertmal mehr wert, als eine Parade der Röhrl- und Hünenfeld.

Eltern, warnt eure Kinder

In den letzten Tagen „arbeitete“ im Südviertel ein Schwindler mit folgendem Triad: Er sprach auf der Straße spielende Kinder an, schickte sie in Geschäfte, bei denen die Eltern der Kinder in der Regel ihre Waren einkaufen. Den Kindern prägte er ein, daß sie die Waren für ihre Eltern holen und aufschreiben lassen sollten. Die von den Kindern gebrachte Ware nahm er an sich und verschwand. Er war etwa 25 bis 30 Jahre alt, mittelgroß, schlank, bekleidet mit hellgrauem Anzug, weisweilig, geschloffen, weidchem, grauem Hut und schwarzen Schnürschuhen.

Altes Theater. Das Gastspiel der Sommeroprette „Milk Chocolate“ mit Lydia Petra in der Titelrolle wird bis einschließlich Donnerstag, den 12. Juli verlängert.

Kantner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter und Kriegesbeschädigte. Ausgabe von Rindfleisch, gute Qualität, Freitag, den 6. Juli, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 7. Juli, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Eintrittspreis das Pfund 70 Pfennig. Außerdem findet Ausgabe von billigem Speck statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Die Polizei unter Anflage

84. Sitzung des Sächsischen Landtages.

Zur Verhandlung kam zunächst eine Anflage der sozialdemokratischen Fraktion

die Autobusunfälle im Gebirge bei der Reichspostverwaltung.

Es wird auf die Unfälle in Aue und Weiersfeld hingewiesen, bei denen nur durch die Umsicht und Geistesgegenwart der Wagenführer Menschenleben nicht gefährdet wurden. Nach bisher unüberzessenen Pressemeldungen soll die Schuld an beiden Unfällen der schlechten Beschaffenheit der Wagen bzw. der Bremsen anzuschreiben sein. Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit ist, auf die Reichspostverwaltung einzuwirken, um diese zu veranlassen, die Sicherheit der Fahrgäste und des übrigen Straßenverkehrs auch im Gebirge zu gewährleisten.

Genosse Rauhsh meint, daß wahrscheinlich die polizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Kraftwagen nicht ausreichen. Mindestens sollte auf gebirgigen Straßen das Fahren mit Anhängewagen verboten werden. Die Frage müsse auch erörtert werden, wie weit gerade im Gebirge die Geschwindigkeit für die Kraftfahrzeuge noch weiter herabzusetzen ist.

Ministerialdirektor Dr. Allen: Die sächsische Regierung sei bereit, auf die Reichspostverwaltung im Sinne der Anflage einzuwirken.

Brüskierung der Arbeiterturner durch die Heide-Regierung!

Während nach einer Ministerialverordnung zum Deutschen Sängerbundesfest in Wien, wie auch zum Deutschen Turnfest in Köln — also bürgerlichen Veranstaltungen! — den Beamten Urlaub ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub gewährt werden kann, hat der „demokratische“ Innenminister ein Gesetz des Arbeiter-Landes-Sportartells, Beamten zur Teilnahme am 3. Sächsischen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Dresden Urlaub zu gewähren, abschlägig entschieden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat daher in einem Antrage die Regierung ersucht, auf dem Berücksichtigungswegen zu bestimmen, daß Beamten, die am Arbeiter-Turn- und Sportfest teilnehmen wollen, unter denselben Bedingungen Urlaub gewährt wird, wie den Teilnehmern am Deutschen Turnfest in Köln und dem Sängerbundesfest in Wien.

Genosse Hartsh meint, es entspräche dem allerersten Gebot der Demokratie und dem Grundsatz der elementarsten Gerechtigkeit, wenn man der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung dieselbe Berücksichtigung und Unterstützung zuteil werden ließe, wie der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung.

Die Regierung ließ durch Ministerialrat Schulte erklären, daß sie in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung allgemeine Urlaubsgewährungen von Beamten ohne Anrechnung auf den regelmäßigen Erholungsurlaub bisher nur bei solchen sportlichen und ähnlichen Veranstaltungen ausgesprochen habe, die das ganze Reichsgebiet umfassen. Bei dem 3. Sächsischen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Dresden handelt es sich nur um eine sportliche Veranstaltung innerhalb der Grenzen des Freistaates Sachsen.

Der Antrag wurde, da die Bürgerlichen gegen seine sofortige Schlußberatung Widerspruch erhoben, dem Rechtsausschuß zur Weiterbehandlung überwiesen.

Dann kam der Polizeistand

zur Beratung. Hierzu hatte Genosse Liebmann, der den ausführlichen Ausschussbericht gab, eine Anzahl Minderheitsanträge eingebracht.

Gefordert werden eine Nachprüfung, inwieweit eine Erhöhung der Gehälter und Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten aller Polizei-, Gendarmerie- und Kriminalbeamten möglich ist, weiter besondere Entscheidungen für außerplanmäßige Dienstleistungen, und praktische Vorkehrungen zur Einführung des halbfreien Uniformtrags. Andere Minderheitsanträge betreffen die Fortbildung der Polizeibeamten, die Stellenzulagen der Gendarmerievollzugsbeamten usw.

Der Kommunist Giewert begründete einige Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der politischen Polizei, auf Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten wegen der Zusammenhänge zwischen Polizei und demokratischer kommunistischer Jugendarbeit anlässlich des kommunistischen Reichsjugendtages in Chemnitz und auf Aufhebung des Verbots der Aufführungen der Berliner Piscator-Bühne in Döbau und Bauen.

Der Rechtsausschuß beantragte die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wegen der Auswahl der Beiräte für die Landespolizei. Der Antrag wurde jedoch in einem Minderheitsantrage Liebmann wieder aufgenommen.

Der Demokrat Dr. Dehne, verlangte in einem Minderheitsantrage von der Regierung, dafür zu sorgen, daß in der Landespolizei nur Lehrkräfte beschäftigt werden, die fest auf dem Boden der Verfassung stehen.

Genosse Edel begründet die sozialdemokratische Interpellation über die Verhaftung und skandalöse Behandlung von Wahlplattakebern in Dresden, die teilweise auf der Polizeiwache fotografiert und entlastet worden sind (!!!).

Genosse Liebmann:

Die Sozialdemokratie tritt der Polizei nicht als Feind gegenüber. Die Polizei ist eine notwendige Einrichtung zum Schutze der Republik und zum Schutze der Einwohner gegen Verbrechen. Wir wollen, daß die Polizei Eifer und Freund der Bevölkerung sei. Wir verlangen, daß die Polizei in ihrer Einstellung republikanisch ist. Das gilt für die Beamten wie für die Offiziere.

Die Polizei muß so organisiert sein, daß sie reiflos zum Schutze des Publikums verwendet werden kann. Was wir verlangen, ist eine Forderung, die jeder Staatsbürger, der auf dem Boden der Republik steht, als selbstverständlich aufstellen sollte. Tatsächlich ist es aber sehr schwer, diese selbstverständlichen Forderungen durchzusetzen. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß die Polizei nicht nur ein Instrument zum Schutze gegen Verbrechen ist, sondern gleichzeitig ein Instrument für die bekümmerte Klasse. In diesem Rahmen wird sie dazu verwendet und organisiert. Auf die Organisationsform geht auch unsere Kritik aus. Der militärische Geist der Polizei ist also kein zufälliger, sondern entspricht diesen Zwitwergaufgaben, die von der Polizei zu lösen sind. Es ist natürlich etwas ganz anderes, ob man eine geschlossene Formation einsetzt zur Verteidigung der Republik oder gegen republikanische Staatsbürger. In letzterem Falle muß man sie militärisch drillen, muß man die Offiziere herausheben und zu Halbgöttern machen, damit die Mannschaften nichts weiter als das geübte Werkzeug in der Hand der Offiziere sind. Wenn ich von Kastengeist gesprochen habe, so ist das kein Kampf gegen Personen gegen einen Stand, sondern

ein Kampf gegen das System.

das solche Mißstände zeitigen muß. Halblose Elemente, die die Macht, die ihnen das System über die Mannschaften gibt, mißbrauchen, müssen wir allerdings schonungslos kritisieren, weil ein anderer Schutze der Polizeibeamten gegen solche Uebergriffe der Offiziere gar nicht gegeben ist. Wenn der Minister sagt, er wolle keine rekrutenmäßige Behandlung der Beamten, aber eine gewisse militärische Ausbildung sei notwendig, so darf man sich nicht wundern, wenn die Offiziere, die aus dem militärischen System herüberkommen, aus diesen Worten in der Praxis ein militärisches System mit all seinen Auswüchsen machen.

Alle Ueberheblichkeiten der Offiziere gegen die Beamten und die wegerwehliche Behandlung sind die Folgen dieser militärischen Organisation.

Der Minister, der den Reformwillen hat, holt sich einen alten Generalfeldmarschall, der ihm die Reform machen soll. Der Kardinalfehler liegt darin, daß man ungeeigneten Leuten eine Aufgabe überträgt, der sie nicht gewachsen sind. Dazu

kommt, daß der Minister seinem Mitarbeiter absolut freie Hand läßt. Der Minister sagt, es handle sich eigentlich um eine Aufgabe des Polizeipräsidenten. Entscheidend ist aber, daß nicht die Polizeipräsidenten maßgebend sind, sondern die technischen Leiter.

Der Major Erbenbach hat sein Pferd im vorigen Jahre mit in Urlaub genommen und dann dort zugrunde geritten, so daß es für 300 Mk. verkauft werden mußte. Der Mann ist dann verurteilt worden; er ist zwar nicht Kommandeur, aber doch stellvertretender Leiter der reitenden Abteilung in Chemnitz geworden. Das ist die Strafe für den Herrn, der so mit Staatsigentum umgeht. Kein Wunder, wenn die Offiziere keinen Respekt vor der Regierung haben. Umgekehrt ist es mit der Art,

wie die Mannschaften behandelt werden.

Bims bis oben hinaus, daß es den Leuten zum Erbrechen ist. Er zitiert, Sturmangriffe, Strammstehen! Damit die Leute stramm wegtreten können vom Borgefekten, werden extra die Wehrmündungen vor Borgefekten gelöst!

Zur Ausbildung der Polizeibeamten bemerkt Liebmann, man verheißt heute absichtlich, daß Beamte mit einfacher Volksschulbildung, die in Reihen aufgenommen werden, ein größerer Allgemeinwissen erwerben. Dann sind die Bedingungen zur Teilnahme an den Offizierskursen nicht erfüllt, und so bleiben die Offiziersstellen den Söhnen der Beamten vorbehalten.

Wünschenswert wäre es, wenn bei der sächsischen Polizei etwas von dem Fortschrittsgeist zu verspüren wäre, der in der preussischen Verordnung über das Verhältnis zwischen Mannschaften und Polizeioffizieren zum Ausdruck kommt. Die Offiziere sollen dort die Beamten mit „Herr“ anreden. Uns ist die preussische Polizei nicht das Vorbild. Aber wenn erst einmal in der sächsischen Polizei erreicht wird, daß die Offiziere auch gezwungen sind, die Beamten wie Gleichberechtigte zu behandeln, wären wir ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen.

Der Polizeioberleutnant Weigel befragt an den Sonntagen die Stuben und ruft dabei die Beamten in Gegenwart ihrer Angehörigen in der unerhörtesten Weise herunter. Der Polizeihauptmann Hübner nimmt sich die Freiheit, ausgerechnet am 1. Pfingstfesttag für die Polizeibeamten Waffenteinigen anzusehen. Und als die Beamten sich dagegen wehrten, mußten sie es trotzdem machen. (Zurufe bei den Soz.: Unmöglich!) Derselbe Oberleutnant Weigel war an einem Tage so besoffen, daß er umgeschmissen in Unterhosen dort herumgelaufen ist. Die Mannschaften hat sich den Spaß gemacht und hat ihm ein Waschbecken in das Bett gestellt, und dann hat er sich hineingelagert. Die Regierung hat den Herrn dann vernommen, der sich aber auf den Vorfall nicht besinnen konnte. Und die Regierung erklärt, daß da weiter nichts zu machen ist.

Ein Offizier wird dabei erwächt, wie er abends vom Ausgang zurückkommt. Er ist im Zivil und spricht mit einem Nachmeister. Letzterer trinkt ein Glas Bier für sich und der Offizier trinkt ein Glas Bier. Zufällig kommen der bekannte Rauhsh und der Polizeipräsident Kühn, die eine Inspektion machen. Sie stellen den Mann zur Rede und finden, es sei eines Offiziers unwürdig, daß er mit einem Polizeibeamten redet. Die Regierung hat diesen Fall untersucht und den Herren Kühn und Rauhsh recht gegeben!

Eine unerhörte Frechheit ist es, wenn der Polizeipräsident Kühn sagt, es sei eine Denunziation, wenn sich Beamte mit Abgeordneten in Verbindung setzen. Dabei habe ich gar keine Verbindung mit Leuten, die bei ihm beschäftigt sind.

Der neue Polizeimajor Oberleutnant Dehner ist offenbar ein Freund von Puntkroter und Hlanter Linie. Er ordnet an, daß Leute, die einen fetten Bauch haben, nicht befördert werden. Der Major kann aber einen fetten Bauch haben und wird trotzdem befördert.

Wir lehnen das Polizeikapitel ab.

Wir werden kämpfen, bis an die Stelle dieses Systems der Unterdrückung und des Mißbrauchs der Gewalt innerhalb der Polizei ein System tritt, das die Beamten mit den Offizieren gleichberechtigt macht, das aus diesem Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ein Instrument zum Schutze der Republik und zum Schutze des Publikums vor den Verbrechern macht. (Beifall bei den Soz.)

Dann sprach noch der Kommunist Giewert, der verschiedene Minderheitsanträge auf Streichung der Stellen der drei Polizeipräsidenten in Dresden, Weipzig und Chemnitz, Aufhebung der Kasernierung der Polizei, Abschaffung der schweren Bewaffnung der Polizei und dergleichen einbrachte.

Polizeiminister Dr. Apfel: Die Polizeibeamten haben im vergangenen Jahre ihre Pflicht getan. Das heutige System habe nicht er geschaffen, sondern seine sozialistischen Vorgänger. (Widerpruch bei den Soz.) Von der Notwendigkeit einer Reorganisation des Apparats sei er jedoch überzeugt. Eine weitere Aufgabe der Regierung werde es auch sein, die Ausbildung der Polizei auf eine andere Grundlage zu stellen. Zur Kritik des Berichterstatters an einer Reihe von Offizieren, erklärte der Minister, daß noch weitere Erörterungen erfolgen sollen. Wo in Einzelfällen Uebergriffe vorgekommen sein sollten, würde Bestrafung eintreten. Der Minister lehnte den militärischen Geist ab und sagte, sein Ziel sei, den guten, alten Beamtegeist in der Polizei großzuziehen. Die Festnahme der Zeitungsleiter in Dresden sei auf Anordnung des Polizeipräsidenten erfolgt, um eine Fortsetzung dieser strafbaren Handlungen zu verhindern. Die Regierung kann aber das dabei eingeschlagene Verfahren nicht billigen.

Der Volkspartei Dr. Gieseler war mit den Zuständen bei der Polizei natürlich durchaus zufrieden. Er trüfte vor Beamtenfreundlichkeit, was ihn aber nicht hinderte, zu der vom Ausschuss beschlossenen Vermehrung der Kriminalvollzugsbeamten einen Zurückverweisungsantrag einzubringen.

Für die Demokraten sprach Claus, der darauf hinwies, daß es sich um immer dieselben Offiziere handle, gegen die Klagen vorgebracht werden. Es müßte endlich gegen sie mit strengeren Maßnahmen vorgegangen werden.

In seinem Schlußwort betonte Genosse Liebmann, daß sich der Minister irre, wenn er für das heutige System bei der Polizei die früheren sozialistischen Minister verantwortlich mache. Das Bestreben der früheren sozialistischen Regierung auf Reorganisation der Polizei sei durch die Reichswehr 1923 zerstört worden.

Die Abstimmung ergab, wie vorauszusehen war, die Ablehnung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Minderheitsanträge und die Annahme der Ausschussanträge. Auch der Zurückverweisungsantrag Gieslers fiel unter den Tisch.

Bemerkenswert war, daß der Minderheitsantrag Dr. Dehne bezüglich der Auswahl der Lehrkräfte für die Landespolizei der Ablehnung verfiel, weil die Kommunisten mit der Rechten gingen.

Dann nahm das Haus noch die lebhafte vertagte Abstimmung über den Minderheitsantrag Thimmel (Soz.) auf Errichtung einer Frauenklinik in Plauen vor. Sie war namentlich. Der Antrag wurde mit 48 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Nächste Sitzung Mittwoch, den 4. Juli.

Sozialdemokratischer Antrag

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der Sächsische Landtag solle die Regierung ersuchen, bei der Reichsbahnverwaltung und beim Reichsverkehrsministerium für den baldigen Umbau der Schmalspurtrasse Wilkau-Saupersdorf in eine Normalpurbahn nachdrücklich einzutreten.

Sächsische Angelegenheiten

Die Anschuldsengel Winkler und Heidel gekündigt.

Endlich hat der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes dem Drängen seiner Mitglieder nachgegeben und die beiden USP-Führer Max Winkler und Oswald Heidel zum gefälligen Kündigungsstermin (31.12.1928) gekündigt. Ebenfalls wurde, wie der Volksstaat schreibt, dem Herrn Rietlich ein Schreiben zugestellt, worin ihm mitgeteilt wird, daß der Hauptvorstand des DTB die Mitgliedschaft des Herrn Rietlich als erloschen betrachte.

Die Textilarbeiter werden aufatmen, daß endlich dieser Aufbruch, daß zwei ihrer leitenden Angestellten einer Partei angehören, die offen im nationalsozialistischen Fahrwasser segelt, von ihrer Organisation genommen ist.

Natürlich heute der Volksstaat und mit ihm die bürgerliche Presse die bittersten Tränen, daß der Textilarbeiter-Verband endlich zu dieser Maßnahme gegriffen hat. Im Tone des Biedermeiers wirft der Volksstaat die Frage auf, „ob das die politische Neutralität der Gewerkschaften sein soll?“

Die Herrschaften sind stark verwöhnt! Sie glauben, daß mit der Kündigung zweier Angestellten in einer Organisation bereits die Neutralität verletzt wäre. Sie verwechseln ihr eigenes persönliches „Ich“ mit den Interessen der Gewerkschaften. Und dieses Interesse verlangt gebieterisch, daß nirgendwo Leute tätig sind, deren politische Anschauungen denen der Arbeiterklasse diametral gegenüberliegen.

Alle Forderungen der Gewerkschaften, die von der SPD in Form von Anträgen dem Parlament unterbreitet wurden, konnten nur abgelehnt werden, weil die USP mit der Reaktion ging. Wir erinnern nur an die Ablehnung der Schaffung eines Gesamtbetriebsrates für die Sächsischen Werke, an die Ablehnung der Auszahlung der Weihnachtunterstützung an die Fortarbeiter, an die Ablehnung aller Anträge zum Arbeiterschutz, an die miserable Verschärfung der Ruheordnungen für Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Ablehnung der Anträge zum Schutze der Bergarbeiter, an die Ablehnung der maßgebenden Anträge zum Jugendschutz usw. Daneben wollen wir auf die nationalsozialistische Politik der USP, die sich von der des Herrn Hitler fast in gar nichts unterscheidet, hinweisen.

Die politische Linie der USP war und ist arbeiterfeindlich, sie ist außerdem nationalsozialistisch im schlimmsten Sinne des Wortes, und deshalb war es nur ein Gebot der Notwendigkeit, daß vor längerer Zeit das Reichsbanner, dann die Gewerkschaften und jetzt auch der Textilarbeiterverband die Trennungslinie zwischen ihren Organisationen und den Mitgliedern der USP gezogen haben.

Tagung der Kriegsoffiziere

Der Gau Freistaat Sachsen des Reichsbundes der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, hielt Ende Juni 1928 in Zittau seinen Gau-tag ab. Neben 180 Delegierten konnten eine große Anzahl Vertreter der Landes-, Reichs- und sächsischen Behörden befristet werden. Die Stadtverordnetenfraktion der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zittau, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der VFA-Bund hatten Vertreter entsandt. Der Bundesvorstand des Reichsbundes war durch seinen Bundesvorsitzenden, Genosse Pfänder, Berlin, vertreten.

Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß der Gauvorstand in den rückliegenden zwei Jahren bestrebt gewesen war, eine einheitliche Reichshandlung für nicht versicherte Versorgungsberechtigten zu erzielen. Den Bestrebungen ist der Erfolg nicht verlagert geblieben. Nach 17 monatiger Dauer hat der Landtag sich bis auf einige Punkte den Forderungen des Reichsbundes durch Annahme einer Anzahl Anträge angeschlossen. Die Bemühungen des Gauvorstandes, weitestgehende Förderung der Siedlungsarbeiten zu erreichen, sind ebenfalls nicht ohne Erfolg geblieben. Die Landesregierung hat sich den Argumenten des Reichsbundes nicht verschließen können, für das laufende Rechnungsjahr 1 Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Eingabe des Reichsbundes auf Bereitstellung von erhöhten Beträgen hat dem beim Sächsischen Landtag in Frage kommenden Ausschuss Anlaß gegeben, zu beantragen, über die bisher bereitgestellten und bewilligten Mittel hinauszugehen.

In organisatorischer Hinsicht konnte festgestellt werden, daß bezüglich der Mitgliederbewegung in der Berichtzeit weitere beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch die finanziellen Verhältnisse des Gau'es müssen als außerordentlich gute angesehen werden. Die Kassenführung war anerkanntermaßen, wie durch Revisionen zum Ausdruck kam, eine gute und gaben der Gauverwaltung, dem Kassierer einstimmige Entlastung zu erteilen.

Seine Aufgabe über das Thema: „Streikzüge durch die Sozialpolitik“, zu sprechen, hat sich der Bundesvorsitzende Pfänder in glänzender Weise entledigt. Ohne auf die Einzelheiten des Referates an dieser Stelle einzugehen, muß gesagt werden, daß der Referent in eindrucksvoller Weise die sozialistische Berechtigung der Forderungen der Kriegsoffiziere dem Staat und der Allgemeinheit gegenüber nachwies. Die wesentlichen im Referat betonten Forderungen wurden in Entschliessungen, die an die Reichsregierung weitergeleitet werden sollen, verankert. Zwei weiteren Entschliessungen, Fürsorge und Siedlungsfragen betreffend, wurden ebenfalls einstimmig zugestimmt. Diese Entschliessungen sollen an den Landtag und die Landesregierung weitergeleitet werden.

Arbeitsnachweis und Gemeinden

Es ist oft darüber geklagt worden, daß die Inanspruchnahme der öffentlichen Arbeitsnachweise durch Gemeinden und Gemeindeverbände sehr mangelhaft sei. Nachdem sich auch der Landtag für eine möglichst weitgehende Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise durch die Gemeinden ausgesprochen hat, bringt jetzt das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Verordnung an die Kreis- und Amtshauptmannschaften heraus, die diese auffordert, darauf hinzuwirken, daß auch die öffentlichen Betriebe den Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen, da das Ansehen der Arbeitsnachweise sonst darunter leiden könnte. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium glaubt zu dieser Aufforderung um so mehr Anlaß zu haben, als auf der Grundlage des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Pflege und Auswertung der Arbeitskraft durch öffentliche Arbeitsvermittlung noch wirksamer als bis-

Stahlkrieg in Sicht!

Von Fritz Heller.

Wenn eine günstige industrielle Konjunktur einsetzt, haben die Kapitalisten Sorgen. Sie müssen die Produktion mit allen Mitteln steigern, um die günstige Geschäftsmöglichkeit auszunützen. Wenn die Zeit der Wirtschaftskrise heranzieht, beginnen neue Sorgen. Die Absatzmöglichkeiten werden geringer. Nach scheint alles in bester Ordnung zu sein — die Unternehmer spüren aber schon die heran-

nahe Krise. Was sollen sie machen? Gewöhnlich werden nach die letzten Monate der Konjunktur bis zur Reize ausgetostet. Man erhöht die Preise, um zu retten, was zu retten geht. Nach ihnen die Einkäufe. Die letzten, die kleinen Mitläufer, beizen die Hände. Hand in Hand damit geht ein Lohndruck: man sucht die Kosten der Krise auf das Proletariat abzuwälzen. (Ein bequemes Mittel dazu ist eine Koalition in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges.)

Neben all dieser inneren Aufrüstung gegen die Krise geht noch eine Mobilisierung aller Kräfte nach außen vor sich. Durch gesteigerte Ausfuhr will man das inländische Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Absatzmöglichkeiten ausgleichen. Der Kampf um die Absatzmärkte gelangt auf einen Höhepunkt.

In so einer Situation befinden sich die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Attade Jords und der General Motors auf den europäischen Automobilmarkt, das Vordringen der Standard-Oil-Verkaufsstellen bis in das kleinste vogeländische Dorf beweisen die zunehmenden Schwierigkeiten im eigenen Lande. Das „amerikanische Konjunkturwunder“ entwickelt sich immer mehr zu einer sehr irdischen und — vergänglichsten Angelegenheit. Bisher waren es aber nur einzelne Wirtschaftszweige der USA, die so auffällig nach dem europäischen Markt tendierten. Man konnte es nur für eine Episode oder höchstens ein Symptom halten. Jords Absatzschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten hielt man z. B. für nicht allgemein beweiskräftig.

Jetzt beginnen aber andere Industriezweige ihre Fühler nach Europa auszustrecken, die in ihrer Bedeutung die Allgemeingültigkeit des amerikanischen Exportbemühens und Exportzwanges beweiskräftig zu bestätigen scheint. Es ist dies vor allem die amerikanische Stahlindustrie, die ihre Augen nach Europa lenkt. Nach den Konsumtionsmittelindustrien sehen sich also auch die amerikanischen Produktionsmittelindustrien gezwungen, vor dem Rachen der inländischen Krise auf den Auslandsmarkt zu schießen. Begonnen hat die Geschichte mit den Reisen einiger amerikanischer Industriekapitäne über den Ozean. Da kam zuerst mal E. V. Thomas, der Leiter der United States Steel Products Company, der Exportorganisation des Stahlrautes, nach Europa. Dann fuhr der Generaldirektor der Trucon Steel Comp. über den Ozean. Ihm folgte prompt Charles W. Schwab, der Präsident der Bethlehem Steel Corporation, des zweitgrößten nordamerikanischen Stahlunternehmens. Um aber das Rendezvous der amerikanischen Stahlmonarchen vollständig zu machen, erschien auch noch Taylor, der Leiter der United States Steel Corp., in eigener Person.

Was aber das Merkwürdigste an der ganzen Angelegenheit ist, daß all diese genannten Herrschaften samt einem stattlichen Stab ihrer Unteroffiziere allesamt nach England kamen. Anfangs dachte man, daß es sich hier um einen Akt anglo-amerikanischer Sympathie handle. Oder daß die Stahlkönige zur Golf-Saison nach England kamen. Manche vermuteten sogar, daß es um den Einkauf eines halben Dutzends schottischer Herzöge ginge, deren man für Stahlmüllionsstädter benötigte. . . . Aber all das stimmte nicht. Es geht um mehr bei dem amerikanischen Stahlbesuch in England. Vor allem will man einmal die Absatzmöglichkeiten für amerikanische Stahl prüfen. Dazu kommt aber noch etwas anderes: Die englische Stahlindustrie ist unmodern und in laufendem Maße Unternehmungen gestiftet. Ihre Unrentabilität nimmt von Jahr zu Jahr zu. Es fehlt eine starke Führerpersonlichkeit, um sie zu einem, und eine gehörige Portion Geld, um die notwendigen Fusionierungen und Stilllegungen durchzuführen. Bei all dem hat aber die englische Stahlindustrie doch eine Schlüsselposition in Europa inne. Von ihr hängt es ab, ob der Europäische Stahlmarkt wirklich europäische Bedeutung erlangt. Denn bisher blieben die Engländer — zwar höflich, aber doch unerbittlich — in einer splendid isolation (glänzenden Isolierung) außerhalb dieser Konvention. Die Amerikaner haben diese beiden Möglichkeiten sofort erfaßt. Einerseits ist es dem amerikanischen Kapital möglich, bei der bevorstehenden Rationalisierung und Konzentration der englischen Stahlindustrie sich maßgebenden Einfluß zu sichern. Andererseits können sie in enger Zusammenarbeit mit England, der kontinentalen Rohstahlgemeinschaft die größten Schwierigkeiten bereiten.

Ein interessantes Bild der gegenwärtigen Machtverhältnisse zeigen nachstehende Zahlen der Produktionsentwicklung für die Länder der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft, der Vereinigten Staaten und Englands.

| | Rohstahleisen | | | |
|-----------------------|---------------|------|------|------|
| | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 |
| Rohstahl-Gemeinschaft | 32,0 | 32,5 | 33,6 | 35,5 |
| USA | 48,5 | 48,5 | 50,4 | 42,9 |
| England | 10,0 | 8,2 | 3,1 | 8,6 |

Wir sehen hier ein Ansteigen des Anteils der Länder der Rohstahlgemeinschaft und eine Abnahme

des nordamerikanischen Anteils um fast sechs Prozent der Weltproduktion. Eine ähnliche Tendenz zeigen die Produktionsziffern beim Rohstahl:

| | Rohstahl | | | |
|-----------------------|----------|------|------|------|
| | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 |
| Rohstahl-Gemeinschaft | 29,1 | 28,5 | 30,0 | 32,3 |
| USA | 48,9 | 50,8 | 52,4 | 44,6 |
| England | 10,6 | 8,3 | 3,9 | 9,2 |

Auch hier sehen wir wiederum, daß die Länder der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft ihre Position stärken und befestigen konnten, während der Anteil der Vereinigten Staaten zurückging. Aus beiden Tabellen ist aber auch klar zu erkennen, welche entscheidende Rolle England bei einer zukünftigen internationalen Rohstahlveränderung oder einem internationalen Absatzkampf spielen kann. Die Frankfurter Zeitung (Nr. 459) schreibt zu den amerikanischen Plänen:

„Es ist sehr wohl möglich, daß bei Plänen über eine Interessierung am europäischen Stahlgeschäft die Vorstellung herrsche, auf diese Weise zu einem erfolgreicheren Partner für eventuelle Abmachungen über das internationale Stahl-Exportgeschäft zu werden und über eine Einflußnahme auf die englische Industrie nicht nur zu einer Verständigung mit einem der europäischen Exportkonkurrenten zu kommen, sondern auch mit den übrigen.“

Vorläufig ist bereits Charles W. Schwab der Präsident der Bethlehem Steel Corporation, in die Leitung der Finance Company of Great Britain and America eingetreten. Dieses Unternehmen wurde von Sir Alfred Mond gegründet und hat sich die Förderung der Konzentrationsbewegung in der Stahlindustrie als Aufgabe gestellt. Mit Hilfe von amerikanischem Kapital und amerikanischen Sachverständigen will man die englische Stahlindustrie modernisieren und rationalisieren. Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß Schwab der englischen Stahlindustrie geraten hat, bei ihrer Regierung für Schutzzölle einzutreten. Es beweist, wieviel die Vereinbarungen zwischen den amerikanischen und englischen Kapitalisten schon fortgeschritten sein müssen, daß ein amerikanischer Industrieller für englische Schutzzölle eintritt. Es zeigt dies aber auch die „eiserne Internationalität“ des Kapitals und die allgemeine Nichtbeachtung der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes.

In den Vereinigten Staaten selbst gingen die Gruppen in ihren Aufklärungs- und Erörterungsaktionen des europäischen Marktes ursprünglich getrennt vor. In letzter Zeit hat jedoch ein beachtlicher Zusammenschluß stattgefunden: Der United States Steel Trust und die Bethlehem Steel Corporation haben nämlich eine gemeinsame Exportorganisation, die Steel Export Association of America, gegründet. Dieses neugegründete Unternehmen erfaßt mehr als Dreiviertel der Gesamtausfuhr von Walzstahl und ist an Produktionsmöglichkeit und Kapitalstärke der gesamten deutschen Stahlindustrie um ein Vielfaches überlegen. Auf der anderen Seite wurde wiederum Schwab, der Leiter der an dieser neuen Exportgesellschaft maßgeblich beteiligten Bethlehem Steel Corporation, zum Präsidenten des American Trade and Steel Institute gewählt. Dieses Institut hat die Aufgabe, die enge Zusammenarbeit zwischen den gesamten nordamerikanischen Stahlunternehmen herzustellen. Daraus ergibt man, eine wie enge Zusammenarbeit der nordamerikanischen Stahlindustrie zwecks Eroberung des europäischen Marktes geplant ist. Auf der anderen Seite läuft eine Reihe von Plänen einzelner amerikanischer Gesellschaften, in Europa eigene Produktionsstätten zu errichten. Zollrückstellungen, die erhöhte Schmelzleistung im Konkurrenzkampf und vor allem die niedrigen europäischen Löhne scheinen die Hauptgründe für derartige Pläne.

Diese Pläne des amerikanischen Stahlkapitals sind geeignet, den internationalen weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf wesentlich zu verschärfen. Sie werden zweifelsohne auch eine entscheidende Rolle spielen, wenn der Tag kommt, an dem über das Schicksal der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft das letzte Wort gesprochen wird. Gerade deren letzte Verhandlungen haben deutlich gezeigt, daß trotz aller Bemühungen Polen nicht beitreten will und auch die Frage der Verkaufsgemeinschaft keine Fortschritte macht. Der bevorstehende Vorstoß der amerikanischen Stahlindustrie wirkt deshalb Probleme auf, die auch für die Arbeitererschaft von der größten Bedeutung sind.

Bersammlungskalender

- Mittwoch, 4. Juli 1928.
- Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr.
- Donnerstag, 5. Juli 1928.
- Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Lindenau-Plagwitz-Schleußig, Felsenkeller, 19,30 Uhr.
- Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

her zu Durchführung gebracht werden soll. (Sehr schöne Worte, die zu den wahren Zuständen in der kapitalistischen Gesellschaft passen wie die Faust aufs Auge. D. Red.) Auch soweit die Gemeinden Arbeiten an Unternehmer vergeben, soll nach Möglichkeit auf eine vertragliche Bindung der Unternehmer hingewirkt werden, ihre offenen Stellen beim Arbeitsnachweis anzunehmen und ihre Arbeitskräfte von diesem zu beziehen. Ferner soll auch von den Angeboten der Arbeitsnachweise von den Gemeinden in möglichst großem Umfange Gebrauch gemacht werden.

Unglaublicher Noheitsaft

Ein kaum glaublicher Akt der Noheitsaft wurde in Meßbach bei Plauen aufgedeckt. Bei der zuständigen Gendarmeriestation war die Meldung eingelaufen, daß der geisteschwache landwirtschaftliche Geselle Arno Enders im Ruffstall seines Bruders, des Gutbesizers Oswald Enders, eingesperrt sei. Die sofort angestellten Erörterungen ergaben, daß Oswald Enders seinen Bruder im Laufe der letzten Jahre, namentlich aber während der letzten Monate, in un-menschlicher Weise behandelt hatte, so daß der geisteschwache

Bruder vollständig verwahrloht war. In den letzten zwei Jahren hat der Mann fast immer kein Nachtlosgel im Ruffstall aufschlagen müssen. Der Gutsbesitzer kümmerte sich sehr wenig um seinen Kranken eingesperrten Bruder und versorgte ihn unzureichend mit Nahrung. Der Eingesperrte trug vollständig zerlumpte Kleidung, hatte langes ungekämmtes Haar und starrte vor Schmutz. Er war bis auf das Skelett abgemagert. Der Gutsbesitzer wurde verhaftet und der unglückliche Bruder zu einem Arzt nach Plauen gebracht.

Muttertragödie

Eine 19 Jahre alte, bei einem Gutsbesitzer in Schlotthitz beschäftigte Hausangestellte ersuchte diesen, sie zur Entbindung nach ihrer in Köhra gelegenen elterlichen Wohnung zu fahren. Der Gutsbesitzer wollte diesem Ansuchen nachkommen. Seine Frau, die den Abort betrat, stellte fest, daß sich in dem Abfallrohr derselben etwas bewegte. Mit Hilfe einiger Leute gelang es, ein neugeborenes Kind, dessen Kopf in ein Tuch eingewickelt war, zu bergen. Das Kind wurde in das Säuglingsheim des Bezirksverbandes Grimma aufgenommen, während die junge verzweifelte Mutter, die heimlich entbunden hatte, in ein Krankenhaus übergeführt wurde.

Imontine-Olibioner-Punsch in unfernem Monumfünfern.

Ergebnis Dienstadt, am 10. Juli 1928. Ende Vonnabund, am 21. Juli 1928.

Abgabe nur von Milylindne. Konfirmationen in Luzzig-Plownoitz u. Umgebung, n. G. u. S. G.

Kampf um den Bund

Was ist die Aufgabe der kommunistischen Jugend im Arbeitersport?

Die kommunistische Jugend hat eine besondere wählerische Aufgabe im Arbeitersport zu verrichten. Kennzeichen der Durchführung dieser Aufgabe sind zum Beispiel unter der Leipziger Arbeitersportjugend in letzter Zeit klar zutage getreten. Treue Schamanten hat die KJ Leipzig in dieser Beziehung in den Arbeitersportlern Wintler (Vorwärts-Süd Comenius) und Blache (Fr. Lohst, Wädern), den Führern der Sportjugend „opposition“, Richtung und maßgebend für die Tätigkeit der KJ unter den Arbeitersportlern sind die Beschlüsse der kommunistischen Jugendinternationale. Der 4. Kongress der kommunistischen Jugendinternationale 1924 befaßte sich mit dem besonderen Punkt „Zur Sportfrage“ und legte die Arbeit der kommunistischen Jugendverbände im Arbeitersport in scharf umrissenen Richtlinien fest. Es ist noch nichts bekannt geworden, daß diese Richtlinien irgend wann und wie außer Kraft gesetzt wurden, daß dagegen nach ihnen jetzt mehr als sonst gearbeitet wird, dafür sprechen die Vorgänge in der Arbeitersportjugend. Was verlangt die kommunistische Jugendinternationale?

Hier die Beschlüsse des 4. Kongresses. 1. Die Fraktionsarbeit innerhalb der Sportorganisationen durch Bildung von kommunistischen Fraktionen aufzunehmen, rote Blots zu bilden und diese Blots durch Fraktionen zu leiten. Sportvereine in den leitenden Verbandkörperschaften zu schaffen und die Arbeit in den Betriebsvereinen aufzunehmen. 2. Diese Aufgaben sind von der KJ nur in sehr geringem Maße durchgeführt worden. Die meisten Verbände sind über die Bildung des Sportvereins nicht hinausgekommen. Nur einzelne Verbände haben auf diesem Gebiet mit Erfolg gearbeitet. Die KJ hat auch gegen die „Neutralitätserklärung“ der Arbeitersportorganisationen zu wirken, weil sie zum Deckmantel für konterrevolutionäre Bestrebungen wird. 4. Der 4. Weltkongress stellt der KJ die Aufgabe, die Arbeit in den Arbeitersport- und Sportorganisationen stärker in Angriff zu nehmen. Durch die Arbeit der KJ müssen die Arbeitersport- und Sportorganisationen zu Organisationen des proletarischen Klassenkampfes werden. Um das zu erreichen, muß die KJ die vom 3. Weltkongress und der 4. Bureauführung aufgestellten Arbeiten durchführen, in allen leitenden Verbandkörperschaften Sportvereine bilden, Fraktionsbildung und Gründung der roten Blots durchführen und die Initiative zur Gründung von Arbeitersportvereinen ergreifen, wo solche noch nicht bestehen.

11. Bei der Frage der sogenannten Kulturorganisationen hat es sich gezeigt, daß in den Reihen der mit der kommunistischen Bewegung sympathisierenden Elemente und bis hinein in die kommunistische Bewegung selbst, unrichtige und gefährliche Auffassungen über die Notwendigkeit einer besonderen roten Kulturbewegung und -organisation bestehen. Diese Tendenzen, die auf Schaffung der sogenannten „dritten Säule“ der Arbeiterbewegung zur Führung des Kampfes gegen die bürgerliche Kultur ausgehen, sind zu kennzeichnen als Überbleibsel einer sozialdemokratischen Auffassung über Klassenkampf und Revolutionäre und aus schärfste zu bekämpfen. In den Ländern, wo die Vereinigung durch Zusammenfassung oder in Form von Sport- und Kulturkarnevalen schon durchgeführt ist, müssen die KJ das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Sport- und Sportorganisationen legen. Als Übergangsform zur einheitlichen Arbeit der Sport- und Sportorganisationen in Landesmaßstab werden die KJ, die Arbeiter-Sportartelle unterstützen. Der 7. Reichskongress der kommunistischen Jugend Deutschlands dagegen beschloß:

IV. ... Durch die Stärke und übertriebene Betonung der politischen Neutralität haben sie zu einem großen Teil die unmittelbare Annäherung mit dem allgemeinen proletarischen Klassenkampf gelähmt und auch äußerlich begonnen, sich in ihrer sportlichen Tätigkeit den Funktionen der bürgerlichen Verbände anzunähern (Prämien, Enten). Die Arbeitsgemeinschaftspolitik hat auch in der Sportbewegung vielfach zu einer Verwischung der Grenzen gegenüber den bürgerlichen Sportverbänden geführt.

IX. ... Zur gegenseitigen Unterstützung des Kampfes gegen die bürgerlichen Verbände ist ein Kartellverhältnis mit den Arbeitersportlern auch in sportlichen und kommunalen Jugendausschüssen zu empfehlen. Den Jugendgruppen ist ein Anknüpfen an die bestehenden Sportartelle zu empfehlen. XI. Die gleichzeitige Durchführung dieser Aufgaben erfordert von unseren Mitgliedern einen Zusammenstoß in Fraktionen innerhalb der Sportverbände, die im engsten Einvernehmen mit denen der Partei arbeiten müssen. Teilweise zeigen sich auch unter den kommunistischen Sportlern Bestrebungen, die gegen die Bildung solcher Fraktionen sind. Ihnen ist sofort mit einer energiegelassen Kampagne unter den betreffenden Genossen und gegebenenfalls mit energiegelassen organisatorischen Maßnahmen entgegenzutreten. Mit der Leitung dieser Arbeit sind in den Orten und Bezirken geeignete Genossen oder Genossinnen zu betrauen.

XIII. Es ist Aufgabe der Kommunisten in der Arbeitersportbewegung, die arbeitersportliche und bürgereidliche Haltung der Leipziger Sportinternationale zu bekämpfen und für den Anschluß der deutschen Arbeitersportbewegung an die Rote Sportinternationale einzutreten. Die Arbeit im Sinne dieser Richtlinien muß die ideologische Grundlage für die Eroberung der deutschen Arbeitersportverbände für die KJ bilden, der organisatorisch jedoch erst dann vollzogen werden kann, wenn ihm die Gesamtorganisation der deutschen Arbeitersportler in ihrer Mehrheit zustimmt. Bis dahin bilden die roten Fraktionen innerhalb der Arbeitersport- und

Kulturorganisationen die organisatorische und ideologische Grundlage der KJ.

Der Reichskongress der KJ weist auf schärfste die Bestrebungen der Leipziger KJ, daß das Bestreben der KJ auf die Spaltung der Arbeitersport- und Kulturorganisationen hinauslaufe. Sie wenden sich vielmehr gegen jede Spaltungs- und Austrittsbewegung aus Arbeitersportorganisationen und tritt für die weitestgehende Stärkung und Festigung der Arbeitersport- und Kulturbewegung ein, daß sie nur so imstande ist, schlagkräftig der bürgerlich-nationalistischen Sport- und Kulturbewegung entgegenzutreten.

Also darauf kommt es an: 1. Die Arbeitersportverbände abzuhalten von der Schaffung eines Prämiensystems, obgleich ein Prämienystem schon seit langem für seine sportlichen Wettkämpfe eingeführt hat. 2. Ein Kartellverhältnis mit den Arbeitersportlern zu schaffen und sie für den Eintritt in die kommunalen und staatlichen Jugendausschüsse zu veranlassen, hinterher aber dann zu streifen über die verräterische Tätigkeit der Reformisten.

3. Gegen die bündelnden Mitglieder in den Sportorganisationen, die sich gegen die verbrecherische Absicht der Fraktionsbildung der KJ wenden, mit den strengsten organisatorischen Maßnahmen der Parteiführung vorzugehen. 4. Solange die Fraktionsarbeit in den Sportvereinen kommunistisch durchgeführt, bis alle Vereine unterwühlt und eine im Sinne der Kommunisten leitende Mehrheit in den Verbänden vorhanden ist.

Deshalb lautet auch der Arbeitsplan für das Ressort „Gegner“: In diesem Moment ist die gegebene Aufgabe vornehmlich des Gegners, alle proletarischen Revolutionskräfte zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen und durch die Bekämpfung auf Zurückführung der gegnerischen Jugendorganisation, durch die Beeinflussung und Gewinnung ihrer Mitglieder für den revolutionären Kampf und gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren.

Zu 11. 1. Die Arbeitersportbewegung, nach den Gewerkschaften die stärkste Arbeiterorganisation Deutschlands, steht heute noch stark unter dem ideologischen Einfluß der Reformisten. Es ist einer ihrer stärksten Stützpunkte. Dem KJ muß es gelingen, insbesondere unter den Massen der jugendlichen Mitgliedschaft des ASB in der Weise zu arbeiten, daß die Arbeitersportbewegung wirklich zu einer revolutionären Arbeitersportbewegung wird. Die bisher stark vernachlässigte Arbeit ist sofort aufzunehmen durch: a) eine Instruktion an alle Gruppen über die dazu notwendigen Arbeiten, b) die planmäßige Schaffung der KJ-Mitglieder, die in dem Arbeitersportbund stehen, zu Fraktionen, c) laufende Beförderung der Fraktionen mit Material für diese Tätigkeit, d) sofortige Zählungnahme und regste Zusammenarbeit mit der Parteifraktion.

Leipziger Rundfunkprogramm

- Donnerstag, den 5. Juli. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) 12,00 Uhr: Mittagsmusik mit Funkwerbung. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Hörfunkbericht. 14,30-14,45 Uhr: Bücherbesprechung der Städt. Landesbibliothek X: Dr. Helmuth Schneider: „Neuere ausländische Geschichte.“ 16,30-17,55 Uhr: Konzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Dr. F. R. Duxte. 17,15 Uhr (zwischen dem Konzert): Funkwetternachrichten. 17,55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen. 18,05-18,20 Uhr: Rechtsfunk. 18,20-18,30 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Zugabiden, Krankens-, Angelegenheiten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung). 18,30-18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esjeren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. 19,00-19,10 Uhr: Prof. Dr. Georg Wiegner: Vortragsreihe: „Grundbegriffe der Technischen Physik.“ 4. Vortrag: „Grundrissliches aus der technischen Physik.“ 19,30-20,00 Uhr: H. Vogt, Dresden: „Der Bildungswille der werktätigen Jugend.“ 20,00 Uhr: Weiterausgabe, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht 20,15 Uhr: Volkstümliches Konzert. Mitwirkende: Vereinigung ehemaliger Hornisten, Dresden. Das Speisebecken-Wokal-Quartett. 1. Madrigale (bearbeitet von Max Regler); a) Th. Morley (1558-1603): Frühling umstrahlt ihr Antlitz; b) Th. Morley (1558-1603): Nun strahlt der Mai; c) S. Donati (1535-1603): Villanella alla napoletana (Quartett). 2. a) Herzog Ernst von Sachsen-Koburg: Hymnus; b) Fr. Wagner: Ich sende diese Blume dir (Trompete). 3. a) J. S. Bach (1685 bis 1750): Holla, gut Geheiß; b) Der Antritt (Volkslied des 16. Jahrhunderts, bearbeitet von Hegar) (Quartett). 4. a) R. Blondin: Frühlings Einzug; b) Brevi: Frühling am Rhein. 22,00 Uhr: Funkpranger. 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Funktulle.

Volkshaus Leipzig Spezialgerichte. Heute: Schlachtfest Schweinskopf geb. mit Remoulade und Salat 70; Pichelstainer Fleisch 1,00 Morgen: Hamburger Klopsbraten mit Kopsalat 70; Frischer Spinat mit Kartoffeln 35; daselbe mit 2 Eiern 80; Geräucherter Schweinerücken mit Kraut 90

Stillschweigender Verzicht auf Tariflohn?

Tarifverträge sind den meisten Arbeitnehmern, zumal den Kleinrentnern, seit jeher ein Dorn im Auge. Da sie „jedem Bestreben nach beruflicher Tätigkeit und nach individuellen Höchstleistungen unzulänglich“ und somit die Tätigkeit des Arbeiters „ungünstig“ beeinflussen. Daher umgehen sie gern die mit den Gewerkschaftsorganisationen getroffenen Vereinbarungen, wo immer sie können, und reden sich, wenn es dann doch mal zu einem Prozeß kommt, auf einen „stillschweigenden“ Verzicht der bei ihnen beschäftigten armen Schlichter heraus, die es vielfach aus Furcht vor Erwerbslosigkeit nicht wagen, ihre Rechte vor dem Ausscheiden aus der jeweiligen Stelle geltend zu machen. Um dem so weit als möglich vorzubeugen, sind deshalb die Tarifbestimmungen aller Art durch Gesetz für unanwendbar erklärt worden; der entscheidende Absatz des § 1 der Tarifvertrags-Berordnung lautet:

Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitern und einzelnen Arbeitnehmern oder Vereinigungen von Arbeitnehmern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. In die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.

Nun hat jedoch in den letzten Monaten das Reichs-Arbeitsgericht mit seinen Entscheidungen vornehmlich das Prinzip der Unanwendbarkeit durchbrochen. Wie entnehmen dem Wortlaut eines uns vorliegenden Urteils das Folgende:

Nach Meinung der Vorinstanz habe der Kläger, ein Arbeiter, durch die vorbehaltlose Annahme des untertariflichen Lohnes auf weitgehende Ansprüche verzichtet. Ein solcher Verzicht sei als Schuldarlehensvertrag nach § 397 BGB trotz der laut § 1 TVB bestehenden Unanwendbarkeit des Tarifvertrages für die Vergangenheit zulässig, wenn der Arbeiter in Kenntnis seines Rechts auf höheren Lohn den niedrigeren widerprüchlichen „und nicht aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus“ (!!) angenommen habe. Diese erforderlichen Voraussetzungen seien hier gegeben: Der Kläger habe unbestritten von Anfang an die Höhe des in Betracht kommenden Tariflohnes gekannt; er habe den geringeren Lohn auch nicht aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus — etwa aus Furcht vor Entlassung oder Arbeitslosigkeit — angenommen (sondern wahrheitsgemäß aus Angst, daß es ihm sonst so üppig gehen könnte!). Den danach für die Vergangenheit an sich zulässigen Verzicht habe der Kläger zwar „nicht ausdrücklich, aber stillschweigend durch sein Verhalten erklärt“, indem er trotz des von ihm behaupteten und ohne die beantragte Zeugen-Bekräftigung als wahr zu unterstellenden Widerspruches bei der ersten Lohnzahlung (!!) zu dem geringeren Lohnsatz weiter gearbeitet und in der Folgezeit während seiner Beschäftigung beim Beklagten den tarifwidrigen Lohn stets ohne Vorbehalt angenommen habe. Wenn er nunmehr nach Lösung des Arbeitsverhältnisses den Unterschiedsbetrag zwischen dem gezahlten und dem tariflichen Lohn nachfordere, so verstoße das gegen Treu und Glauben (!!), denn der Beklagte habe mit einer solchen Nachforderung nach dem ganzen Verhalten des Klägers nicht zu rechnen brauchen!

Wie das Reichsarbeitsgericht bereits durch Urteil vom 4. Januar 1928 entschieden hat, wird durch die dem § 1 TVB zu entnehmende Unanwendbarkeit des Tarifvertrages eine dem Arbeiter nachteilige Verfügung über die von ihm aus dem Arbeitsvertrag bereits erworbenen Lohnansprüche, also ein Verzicht auf Lohnansprüche für die Vergangenheit, nicht ausgeschlossen. Der Verzicht kann, wie in dem angezogenen Urteil weiter ausgeführt wird, nicht nur mit ausdrücklichen Worten, sondern auch stillschweigend erklärt werden, d. h. aus einem Verhalten des Anspruchsberechtigten sich ergeben, das der Verpflichtete (der Unternehmer) nach Treu und Glauben als die Kundgebung eines Verzichtswillens auffassen kann und darf. Den Umständen des einzelnen Falls ist zu entnehmen, ob die Voraussetzungen für einen Verzicht vorliegen, und es wird stets einer vorläufigen Prüfung durch den Tatrichter bedürfen, ob in der widerprüchlichen Annahme des untertariflichen Lohnes (sich) der Ausdruck eines Verzichts gefunden werden kann, da unter Umständen ein wirtschaftlicher Druck, unter dem ein Arbeiter steht, für sein Verhalten maßgebend sein wird. Das angeführte Urteil steht mit diesem vom Reichs-Arbeitsgericht zu der Kernfrage des vorliegenden Falles aufgestellten Grundsatze, an denen festzuhalten sei, durchaus im Einklang!

Zu dieser Entscheidung der höchsten deutschen Instanz in Arbeitsrechtsangelegenheiten schreibt Prof. Dr. Kipp in der Bensch. Samml. 11, 2: „Das Berufungsgericht unterstellt den Widerspruch des Arbeiters bei der ersten Lohnzahlung als wahr. Zeit steht weiter, daß der Arbeiter, bevor er anspricht, wiederum verlangt, nach dem Tarif entlohnt zu werden. Trotzdem hält es das Reichs-Arbeitsgericht für „rechtsbedenklich“, daß die Vorinstanz in dem Weiterarbeiten zum geringeren Lohnsatz und der „vorbehaltlosen“ Annahme in der Folgezeit den Verzichtswillen sieht! Was soll nun eigentlich der Arbeiter, der sich keinen Anspruch erhalten will, tun? Er muß offenbaren, wenn er tarifwidrig entlohnt wird, sofort kündigen, also nicht weiter arbeiten oder bei jeder Lohnzahlung einen Protest einlegen, der in Wahrheit hier eine ganz überflüssige Deklamation beweisen wäre! Klarer als durch die zwei oben genannten Widersprüche kann doch gar nicht erwieben werden, daß der Arbeiter keinen Verzichtswillen hatte! Wenn das Reichs-Arbeitsgericht auf dem eingeschlagenen Wege weiter in diesem Tempo fortschreitet, wird von der Unanwendbarkeit bald nicht mehr viel übrig bleiben!“

Wir haben dem nichts weiter hinzuzufügen. Für jeden vernünftigen Menschen muß es eine Selbstverständlichkeit sein, daß es einen freiwilligen Verzicht irgendwelcher Art auf höheren, tariflichen Lohn überhaupt nicht geben kann, weil der Arbeiter immer und notwendig objektiv wie subjektiv unter einem dem Unternehmer erkennbaren wirtschaftlichen Druck steht, solange das Arbeitsverhältnis andauert!“ — R. S.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote Wir suchen per 1. September 1928 einen

Verginshaus - Verwalter. Rationierungsfähige Bewerber wollen sich bis 8. Juli 1928 schriftlich an den 1. Vorl. Herrn Otto Fromm, Leinitzstr. 33, Neuterstraße 48, III. wenden. Matuschekverein E. III. C. B.

Erster Tenor für Doppelquartett gesucht! Meldung persönlich erbeten. Maxwitt, Restaurant zur Börse, Lauchstädter, Ecke Merseburger Straße.

Verkäufe Von Herrschaften wenig getragene Herr-Garderobe bill. an vert. Willems, Bornastr. 12, p. Ein- u. Verkaufsgesch.

1 Schlafzimmer echt Eiche zurückgenomm. (7 Monate benutzt) für 600 Mark zu verkaufen. Möbel-Raschig Karl-Heine-Straße 61

Sämtliche Restaurations-Bureau- und Garten-Möbel für Gewerkschaften, Volkshäuser und Turnerheime liefert

Willh. Hertlein Leipzig Gottschedstraße 19

Eröffnung Bettenhaus Wesputat Neumarkt 12, I.

Das Injerat vermittelt Kauf und Verkauf!

Kleider- und Wäscheherren nur noch kurze Zeit 1.30, Br. 20, 80, Bettin 20, 30, Radcliffe 20, 30, Waldhölzer 20, 30, Chausse 20, 30, Tische 20, 25, auch Teilaahlung. S. Wrasnaki, Möbelhdlg., Kleinzsch. Diebstahl. 38

20-25 Küchen und diverse lackierte und furnierte Schlafzimmer gibt billig ab. Lendel, Möbelhandlung, Jolephstr. 33

Diverses Frack - Dachs versieht alle Gesellschaftsanzüge Halgstr. 6

Zeugen gesucht! Autounfall Dienstag, den 11. Oktober 1927, abends 7 Uhr, am Seifern Blut, Gehirndrüse, Rammann, der hilfreich war. In kleinen Abmus. Leipzig C1, Sternstraße 37.

Wer hat Stoff? Wir fertige eleg. Anzüge u. Mäntel aus mitgebracht Stoffen nach gemessenem Maß inkl. uns sämtlich. Zutaten 29 M. Tadellos Sitz, Rosshaar-Einlage garantiert. M. Volkmann Nachf. Grosse Fleischergasse 9.

Leipzig-Zittau Sehr sch. Zittauer 3-Zim.-Wohnung, Friedensstr. 300 Nr. 100, an Leipziger Wohn. zu kaufen gesucht. Anmangsberatung. Off. u. M. 85 Geschäftsstelle d. Bl. Tauch. Str. 19/21.